



Presseschau vom 06.09.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet. Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter <https://alternativepresseschau.wordpress.com/> erreichbar.

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.

In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚[DNS über HTTPS](#)‘ aktiviert ([Anleitungen](#) u.a. [hier](#)) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.

Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist [ZenMate](#), das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.

Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. ...

<https://kurz.rt.com/2tg9> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: US-General: NATO muss sich harten Entscheidungen stellen, ehe sie ihr aufgezwungen werden

Die Ukraine braucht nur mehr westliche Waffen, dann kann sie bestimmt siegen? Ausgerechnet im Wall Street Journal hat dem ein pensionierter US-General widersprochen. Er dringt auf Verhandlungen, ehe es zu spät ist und der Sieger die Bedingungen diktiert. ...

<https://kurz.rt.com/368t> bzw. [hier](#)

Rachel Marsden: Was ist Washingtons "Freundschaft" wert? Das energiearme Europa erfährt es gerade

Die US-Energieministerin Jennifer Granholm setzt Raffinerien unter Druck, den Export von Gas und anderen Treibstoffen an die europäischen Verbündeten einzustellen, obwohl diese derzeit unter Energieknappheit ächzen. ...

<https://kurz.rt.com/365f> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: Wie eine Kampagne scheitert: Das Gezwitscher um Baerbock

Es sieht nicht so aus, als hätte es gewirkt, das Publikum davon zu überzeugen, dass Baerbock die Sätze nicht gesagt hat, die sie gesagt hat. Im Gegenteil. Jetzt geht der Spott erst richtig los. Nicht nur gegen sie, sondern auch gegen die Medien, die ihr beigesprungen sind. ...

<https://kurz.rt.com/368i> bzw. [hier](#)

Tom J. Wellbrock: Vorbild "9/11": Die Schockstrategie als einzig sinnvolle Erklärung für das Regierungshandeln

Die Frage nach dem "Warum" zieht sich durch die gesamte Gesellschaft. Worin liegt die Motivation der Bundesregierung, einen wirtschaftlichen "Suizid" des Landes zuzulassen – und sogar zu befördern. Als einzige Antwort kommt nur infrage: eine Schockstrategie. ...

<https://kurz.rt.com/368j> bzw. [hier](#)

de.rt.com: "Symbol des entleerten Gesichts" - Wissenschaftler hinterfragen Maskenpflicht

Die Ampel-Koalition plant ab Oktober die Fortführung einer verbindlichen Maskenpflicht laut Vorgaben des Infektionsschutzgesetzes (IfSG). Nun kritisiert eine Gruppe von Wissenschaftlern die Definitionen des IfSG erneut, und fordert den Nachweis einer existierenden Notwendigkeit für die entsprechenden Verordnungen. ...

<https://kurz.rt.com/3670> bzw. [hier](#)

Uli Gellermann: Vom Kalten zum Heißen Krieg – Der Spiegel will Umsatz machen

Steht der Spiegel weiterhin für investigativen Journalismus oder gilt das Hamburger Blatt mittlerweile eher als Vorreiter russophober Stimmungsmache? Ein Blick auf die Schwerpunktthemen der Gegenwart, wie auch zurückliegende Wurzeln des Magazins. ...

<https://kurz.rt.com/36aa> bzw. [hier](#)

Seyed Alireza Mousavi: Förderkürzung bei OPEC+ und bisher kein Atomdeal mit Iran:

Europa ist der große Verlierer

Während Iran, Saudi-Arabien, Russland und die USA im Verlauf der Entwicklungen von Ölpreis und Atomdeal ihre jeweiligen Interessen gegenseitig ausgleichen, tritt Europa als Vasall der USA auf und schafft es nicht, souverän seine eigenen Interessen auf geopolitischer Ebene zu vertreten. ...

<https://kurz.rt.com/36a4> bzw. [hier](#)

Dagmar Henn: "Hahaganda" – oder: NATO-Trolle und der Humor

Es ist ganz böse, sich über die Bundesregierung oder deren Institutionen lustig zu machen. Das wird nicht nur immer wieder in der devoten Presse betont, das erklärt die Bundesregierung nun auch selbst. Und man müht sich redlich, damit das Volk nichts zu lachen hat. ...

<https://kurz.rt.com/36bj> bzw. [hier](#)

Thomas Röper: Wie Russland über die Dummheit von Baerbock lacht

Inzwischen ist Russland, wenn man europäischen Medien und Politikern glauben will, an allem Schuld, sogar daran, was europäische Politiker sagen oder wie sie tanzen. ...

<https://kurz.rt.com/36bg> bzw. [hier](#)

abends/nachts:

20:17 de.rt.com: Wegen "Klima- und Energiekrise": IWF empfiehlt EU "flexiblere" Gemeinschaftsschulden

Der internationale Währungsfonds mit Sitz in Washington, D.C. mischt sich in den Umgang der Europäischen Union mit deren Schulden ein: Grundsätzlich solle die EU Schulden "flexibler" handhaben, gemeint ist, in Krisenzeiten noch höher werden lassen. Wie letztlich Steuerzahler und Verbraucher das verkraften sollen, bleibt jedoch unklar.

Aufgrund der antirussischen Sanktionen wegen des Kriegs in der Ukraine und der dadurch selbstverschuldet massiv anwachsenden Staatsschulden "empfiehlt" der Internationale Währungsfonds (IWF) der Europäischen Union (EU) neue "europäische Gemeinschaftsschulden" – wie das [Handelsblatt](#) am Montag berichtet. Damit wolle die internationale Organisation mit Sitz in Washington, D.C. nur Europas "Widerstandskraft verbessern und längerfristige Herausforderungen angehen, vor denen die EU steht" [schreibt](#) der IWF in seiner Analyse.

Mit ihrem Vorstoß greift die Washingtoner Finanzinstitution ungeniert in den europäischen Diskurs um die Überarbeitung der Schuldenregeln für die EU ein. Grundsätzlich will die EU mit den sogenannten Maastricht-Kriterien die zulässige Staatsverschuldung auf 60 Prozent und das zulässige jährliche Haushaltsdefizit auf drei Prozent der nationalen Wirtschaftskraft BIP begrenzen. Dennoch ist die durchschnittliche Schuldenlast in der Euro-Zone in den letzten Jahren bereits auf etwa 100 Prozent des BIPs angewachsen. Besonders Italien und Griechenland konnten in der sogenannten Euro-Krise nur mit der gemeinschaftlichen Unterstützung durch Milliardenkredite aus den finanziell besser gestellten Staaten Nord- und Mitteleuropas vor ihren drohenden Staatspleiten bewahrt werden.

Das vom IWF nun vorgeschlagene Konzept dürfte bald die EU-Finanzminister beschäftigen, die Ende dieser Woche zu einem informellen Treffen zusammenkommen wollen, mutmaßt das [Handelsblatt](#) und zitiert den IWF mit den Worten:

"Die Pandemie, der Klimawandel und der Krieg in der Ukraine haben neue Herausforderungen für den finanzpolitischen Rahmen mit sich gebracht."

Konkret umfasst der IWF-Vorschlag drei Aspekte: Erstens sollen laut Empfehlung die Maastricht-Grenzen beibehalten, aber "flexibler" angewendet werden. Zweitens sollen daher auch nationale Institutionen gestärkt werden, die auf Haushaltsdisziplin achten. Ganz im

Widerspruch dazu steht als dritte Säule ein neuer EU-Fonds, der sich an dem bereits neu geschaffenen Corona-Wiederaufbaufonds (auch Next Generation EU genannt) orientieren sollte. Das Ganze würde mit Blick auf einen dringend erforderlichen "klimagerechten Umbau der Wirtschaft" einerseits auf eine weitere "Sozialisierung", also "Vergesellschaftung" der Gesamtschulden der EU hinauslaufen, andererseits würden besonders die "Geberländer" wie Deutschland dann zugunsten der südeuropäischen Staaten noch stärker zur Kasse gebeten werden.

Der neue Fonds sollte demnach eine "Kreditaufnahmekapazität haben, gepaart mit einem Einkommensstrom, der es ihm ermöglicht, seine Schulden zu bedienen". Der IWF rechnet damit, dass die EU pro Jahr etwa ein Prozent ihrer Wirtschaftskraft investieren müsse, um ihre Klimaziele zu erreichen. Das entspricht etwa 170 Milliarden Euro jährlich.

Der neue Vorschlag des IWF dürfte beim Bundesminister der Finanzen Christian Lindner und seiner FDP auf wenig Gegenliebe treffen. Die Grünen und die SPD als Koalitionspartner der "Ampel" stehen dagegen gemeinsamen EU-Schulden viel offener gegenüber. Noch mehr gemeinsame Schulden würden freilich die Grundfesten der EU weiter erschüttern, denn bereits seit der Corona-Krise 2020 werden die Maastricht-Kriterien nicht mehr angewandt, um den Euro-Staaten bereits mehr "finanziellen Spielraum" zu geben.

Die bereits 1992 festgelegten Defizitgrenzen sollen den Appetit von Regierungen auf das Schuldenmachen begrenzen und damit die finanzielle Stabilität des Euro-Raums wieder sichern helfen. Doch sie werden nur noch als Papiertiger angesehen. In Griechenland und Italien liegt die Schuldenquote bei fast 200 beziehungsweise 150 Prozent des jeweiligen BIP, die Obergrenze von 60 Prozent ist dort kaum noch jemals absehbar. Für noch mehr Schulden plädieren dagegen auch die Ökonomen des EU-Rettungsfonds ESM: Sie hatten sich dafür stark gemacht, die Schuldenobergrenze in der EU generell von 60 auf 100 Prozent der Wirtschaftskraft anzuheben. Zu der Frage wie europäische Verbraucher und Steuerzahler – welche stets unfreiwillig die einstigen Schuldner und Rückzahler neuer Staatsschulden sind – mit Blick auf die aktuelle Inflation das noch verkraften sollen, äußerten sich "naturegeben" weder der IWF noch die Ökonomen vom ESM.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631615e648fbef5ba82c84f8.jpg>

20:26 de.rt.com: **Litauen fordert weitere Sanktionen gegen Russland**

Litauens Staatspräsident Gitanas Nausėda hat weitere Sanktionen gegen Russland wegen der russischen Sonderoperation in der Ukraine gefordert. In einer Mitteilung nach einem Treffen mit Luxemburgs Premierminister Xavier Bettel in Vilnius sagte er:

"Europa hat bereits viele wichtige Entscheidungen getroffen, um die russische Aggression in der Ukraine einzudämmen. Aber sie reichen nicht aus und wir müssen weitermachen. Der Krieg muss für den Angreifer zu einer unerträglichen Belastung werden."

Er fügte hinzu, die Begrenzung der Touristenvisa für die EU für russische Bürger wäre im aktuellen Kontext eine wirksame und faire Maßnahme.

Die EU hatte in der Vorwoche beschlossen, ein Abkommen mit Russland zur Erleichterung

der Visa-Vergabe vollständig auszusetzen. Der Schritt ist eine weitere Sanktion als Reaktion auf die russische Sonderoperation in der Ukraine. Er gilt als Minimalkompromiss im seit Wochen anhaltenden EU-Streit um den Umgang mit Visa-Anträgen russischer Staatsangehöriger. Dabei handelt es sich aber nicht um ein formelles Verbot von Touristenvisa, wie es von einigen an Russland grenzenden EU-Staaten gefordert wird. Litauen hat – ähnlich wie auch Estland und Lettland – die Vergabe von Visa und Aufenthaltsgenehmigungen an Russen bereits weitestgehend ausgesetzt. Die Sprecherin des russischen Außenministeriums, Maria Sacharowa, äußerte sich wiederholt zu der Idee, die Ausstellung von Visa für russische Bürger zu verbieten. Sie sagte, dass diese Maßnahme sowie die Zerstörung von Denkmälern für die sowjetischen Befreier unter weit hergeholten Vorwänden die russenfeindliche Politik der baltischen Staaten nur noch einmal unterstreichen würde.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63162f2a48fbef574c375936.jpg>

20:43 de.rt.com: **Zu wenig Laubholz – sind die Chinesen schuld oder doch die deutsche Politik?**

Laubholz ist ein wichtiges Rohmaterial für Holzbau und Möbelindustrie. Die Holzindustrie beklagt schon seit Längerem einen Mangel an diesem Material. Die Tagesschau sieht die Schuld in China; aber es sind noch ganz andere Faktoren im Spiel.

Die Holzindustrie hat Probleme, und die [Tagesschau](#) macht in ihrem Bericht die Verantwortlichen schnell fest: Es sind die Chinesen, weil 39,3 Prozent des Eichenrundholzes und 46 Prozent des Buchenholzes in den Export gegangen sei.

Ganz so einfach, wie die Tagesschau das darstellt, ist es aber nicht. Denn auch wenn es keine gesetzliche Regelung gibt, die Exporte untersagt, das geschlagene Holz wird von den Waldbesitzern versteigert. Wenn also jemand die Verantwortung dafür trägt, dass zu viel Holz nach China exportiert wird, dann sind es die Waldbesitzer. Neben Bundesländern und kommunalen Stiftungen sind das vor allem in Deutschland immer noch adlige Großgrundbesitzer.

"Die Sägewerke haben bisher nie dagewesene Probleme, Laubholz aus regionalen Wäldern für die heimische Verarbeitung zu bekommen", wird Julia Möbus, Geschäftsführerin des Bundesverbandes der Deutschen Säge- und Holzindustrie (DeSH) zitiert. Tatsächlich ist das Angebot in letzter Zeit zurückgegangen. Daran haben Nutzungsverbote (die auch die Tagesschau erwähnt) oder Ausweitungen von Naturschutzgebieten einen gehörigen Anteil. Diese Probleme entstammen dem "Aktionsplan natürlicher Klimaschutz" des Bundesumweltministeriums.

Bereits Ende vergangenen Jahres hatte der Verband über schlechte Rohstoffversorgung [geklagt](#). "Grundsätzlich ist in den deutschen Wäldern mehr als ausreichend Laubholz für die heimische Industrie. Doch Einschlagsmatorien sowie die mangelnde Verfügbarkeit von Personal und Maschinen, sorgen für die rückläufige Versorgung aus dem Wald", hatte es in

einer damaligen Pressemitteilung geheißen. Der Abgang durch Exporte verstärkte diesen Effekt. Und schon damals hatten zwei Drittel der befragten Betriebe erklärt, die Versorgung sei unsicher.

Im Frühjahr [meldete](#) sich der Verband erneut und betonte abermals, die Vorgaben des Aktionsplans natürlicher Klimaschutz seien verheerend. "Obwohl sogar das Potenzial für eine verstärkte nachhaltige Nutzung in den Wäldern vorhanden wäre und eine weltweit robuste Nachfrage nach Produkten herrsche, sinke die Menge des verfügbaren Rohstoffs kontinuierlich." Ein für die Holzernte zu nasser Winter und die Sturmschäden in Nadelholzwäldern, die viel Personal gebunden hätten, hätten das Problem noch zusätzlich verschärft.

Prinzipiell sieht die Politik der Bundesregierung nicht nur verstärkte Nutzungsbeschränkungen, sondern gleichzeitig eine verstärkte Nutzung von Holz als Rohstoff vor; Ziele, die sich schwer miteinander vereinbaren lassen. Aktuell hat sich zum Beispiel auch der Deutsche Holzfertigbau-Verband e.V. gemeinsam mit dem DeSH gegen eine Ausweitung des Nationalparks Schwarzwald [gewandt](#), der zweitgrößten Waldfläche Deutschlands. "Die Erweiterung des Nationalparks Nordschwarzwald konterkariert die klimapolitischen Bestrebungen für einen klimaneutralen Baubereich und bremst den regionalen Holzbau und die heimische Wirtschaft entschieden aus."

Die wirtschaftlichen Aussichten der Holzindustrie werden auch durch weitere Faktoren getrübt. "Steigende Inflationsrate, Verteuerung der Finanzierungskosten, hohe Energie- und Materialpreise sowie drohende Gasknappheit belasten die Branchenkonjunktur", heißt es in einer [Pressemitteilung](#) der Holzindustrie vom Ende August. "Insbesondere die Sägeindustrie (-78,9 Punkte), die Holzwerkstoffindustrie (-62,2 Punkte) und der Holzfertigbau (-61,5 Punkte) blicken aktuell pessimistisch in die Zukunft", heißt es darin, und der Rückgang der Bauaufträge wie die schlechte Verbraucherstimmung wegen der hohen Inflation spielten dabei eine gewichtige Rolle.

Insgesamt dürften die Widersprüchlichkeiten der Klimaschutzpolitik und die direkten (Energiekosten) wie mittelbaren (Inflation, Konsumklima) Folgen der Sanktionen eine größere Rolle spielen als die Exporte nach China.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63163b5e48fbef7ae80845c6.jpg>

Holz im Erdmannwald in Niedersachsen, 26. November 2021

21:02 de.rt.com: **Putin kündigt Arbeitsgarantien für Freiwillige an, die an der Sonderoperation teilnehmen**

Die Arbeitsplätze sind für Russen reserviert, die sich an der speziellen Militäroperation in der Ukraine beteiligen wollen. Dies teilte der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow mit. Der russische Staatschef, der sich derzeit in der Stadt Petropawlowsk-Kamtschatski befindet,

wurde von einem Mitarbeiter der regionalen Abteilung des Katastrophenschutzministeriums angesprochen. Er gab an, dass er zum Militärkommissariat seines Wohnortes gekommen sei, um sich freiwillig für die Sonderoperation zu melden. Gleichzeitig kann dem Mann gemäß dem Gesetz kein längerer Urlaub gewährt werden, und eine Weiterbeschäftigung in derselben Position nach seiner Rückkehr ist nicht garantiert. Peskow kommentierte die Situation mit den Worten:

"Wladimir Putin versprach, diesem Mitarbeiter eine Anweisung zu geben, die Regierung auf eine Lücke in der russischen Gesetzgebung aufmerksam zu machen und darauf hinzuweisen, dass in solchen Fällen die russische Gesetzgebung mit der faktischen Situation in Einklang gebracht werden muss."

Er fügte hinzu, dass Änderungen der Gesetzgebung Arbeitsgarantien wie die Möglichkeit eines verlängerten Urlaubs unter Beibehaltung eines Ehrenamts vorsehen sollten.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631640e8b480cc1aad4aee13.jpg>

22:18 de.rt.com: **Russlands Energieminister: Moskau wird Sanktionen gegen Versicherungen russischer Öltransporte umgehen**

Russland habe Maßnahmen vorbereitet, die es den Ölgesellschaften ermöglichen würden, Konsequenzen zu vermeiden, wenn westliche Länder die Versicherung russischer Öltransporte auf dem Seeweg verbieten. Das Land prüfe die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit Unternehmen aus befreundeten Ländern sowie die Gründung eines eigenen Versicherers. Dies gab der russische Energieminister Nikolai Schulginow bekannt. Er sagte:

"Wir prüfen die Möglichkeit, eine Reihe lokaler Versicherungsgesellschaften aus befreundeten Ländern einzuschalten. Eine andere Möglichkeit ist die Gründung einer neuen Versicherungsgesellschaft, aber dann brauchen wir die gegenseitige Anerkennung dieser Organisation durch die Länder."

Schulginow erklärte, dass dies auch die Gründung eines solchen Unternehmens in Russland einschließen könnte.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631651f9b480cc1dcf1d9b2f.jpg>

22:52 de.rt.com: **IAEA stellt Veröffentlichung des Berichts zur Situation am AKW Saporoschje für Dienstag in Aussicht**

Der Generaldirektor der IAEA, Rafael Grossi, will am Dienstag einen Bericht über die nukleare Sicherheit in der Ukraine und die Situation am Atomkraftwerk Saporoschje veröffentlichen, nachdem die Mission der Organisation das Kraftwerk besucht hat. In der Erklärung auf der Webseite der IAEA heißt es:

"Generaldirektor Grossi wird am Dienstag einen Bericht über die nukleare Sicherheit, die Sicherung und die Sicherheitsüberwachung in der Ukraine veröffentlichen, der auch die Ergebnisse der Mission im AKW Saporoschje enthält. Er wird den UN-Sicherheitsrat später am selben Tag über die Mission in der Anlage informieren."

Eine von Grossi geleitete IAEA-Mission traf letzte Woche im AKW Saporoschje ein. Der Leiter der Delegation der russischen Atomenergiebehörde Rosatom und AKW-Mitarbeiter führten die IAEA-Delegation durch ihr Gebiet und zeigten Bereiche der Anlage, die unter dem Beschuss der ukrainischen Streitkräfte gelitten hatten. Zwei IAEA-Mitarbeiter werden dauerhaft im AKW Saporoschje bleiben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63165d58b480cc1aad4aee38.jpg>

vormittags:

7:00 de.rt.com: **Zivil-militärische Verwaltung in Cherson: Kiew verschweigt große Verluste**

Die Kiewer Behörden verschweigen die katastrophalen Verluste der ukrainischen Truppen bei erfolglosen Offensiven im Gebiet Cherson. Dies hat der stellvertretende Leiter der Gebietsverwaltung Kirill Stremoussow erklärt. Er sagte:

"Die Kiewer Behörden verschweigen die katastrophalen Verluste der ukrainischen Truppen bei der versuchten Offensive im Gebiet Cherson. Nach unseren Angaben haben die ukrainischen Truppen seit Ende August bereits rund dreitausend Mann und etwa 100 Stück ausländisches Militärgerät, darunter auch deutsches und polnisches, verloren."

Ihm zufolge werden die in der Ukraine getöteten Soldaten in aller Stille begraben, ohne Medien und offizielle Ehrungen, um das Ausmaß der Verluste vor dem ukrainischen Volk zu verbergen. Stremoussow betonte:

"Das ist die größte Tragödie für die ukrainische Armee seit den Kesseln von Ilowajsk und Debaltsewo im Donbass."

Zuvor hatte das russische Verteidigungsministerium mitgeteilt, dass die russischen Streitkräfte Offensiven der ukrainischen Truppen in den Gebieten Nikolajew und Cherson, die auf Anweisung von Wladimir Selenskij am vergangenen Montag gestartet wurden, zurückgeschlagen haben.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6316cf3fb480cc1cf1377fe6.jpg>
Stele der Stadt Cherson

7:29 de.rt.com: "**Feuer- und Explosionsgefahr**" – Gazprom begründet Stilllegung von Nord-Stream-Pipeline

Der russische Energiekonzern Gazprom hat klargemacht, warum die einzige Turbine, die Gas durch die Nord-Stream-Pipeline pumpt, aktuell nicht funktioniert. Der weitere Betrieb des Geräts soll eine Feuer- und Explosionsgefahr darstellen. Siemens kontert.

Nach Angaben des russischen Energieriesen Gazprom berge der weitere Betrieb der Gasverdichteranlage Trent 60 in der Kompressorstation Portowaja der Nord-Stream-Pipeline ohne Beseitigung des Öllecks die Gefahr eines Brandes oder einer Explosion und bedrohe die Sicherheit der Anlage insgesamt. Auf dem [Telegram-Kanal des Unternehmens](#) hieß es wörtlich:

"Der Weiterbetrieb dieser Gasverdichteranlage ohne Beseitigung der festgestellten Mängel birgt die Gefahr eines Brandes oder einer Explosion, das heißt, er beeinträchtigt die Betriebssicherheit der gesamten Anlage."

Gazprom wies darauf hin, dass sich die Arbeitsflächen im Axialverdichter eines Gasturbinenriebwerks an den Kabeleinführungen auf über 300 Grad Celsius erhitzen könnten. Das Öl entzündet sich bei 288 Grad Celsius. Zudem widerspreche der Betrieb der Anlage in einem mangelhaften Zustand den russischen Rechtsvorschriften über die industrielle Sicherheit gefährlicher Produktionsanlagen, zu denen auch die Verdichterstation Portowaja gehört, betonte Gazprom.

Bereits zuvor sei ein ähnliches Problem festgestellt worden. Leckagen bei mehreren Geräten deuten wiederum auf einen systemischen Fehler hin, so das Unternehmen weiter. Laut dem Schreiben von Siemens könnte die Ursache des Öllecks nur in einer Wartungs- und

Instandhaltungswerkstatt behoben werden. Vor kurzem hatte Gazprom-Chef Alexei Miller erklärt, dass Siemens derzeit kaum die Möglichkeit habe, regelmäßig die Nord-Stream-Anlagen zu reparieren, da das Unternehmen schlichtweg keinen Platz dazu habe. Dies sei auf Sanktionen zurückzuführen, in deren Falle der Westen selbst geraten sei, so der Gazprom-Chef.

Russische Experten bewerteten die Wahrscheinlichkeit der Wiederinbetriebnahme von Nord Stream. Ihrer Ansicht nach soll dies möglich sein, sobald die Europäische Union zumindest die Sanktionsregelungen Kanadas, Großbritanniens und der EU in Bezug auf die Trent-60-Turbinen, die zum Pumpen von Gas durch Nord Stream gekauft wurden, eindeutig klärt und es Siemens erlaubt, Vereinbarungen zur Wartung der Geräte zu treffen. Siemens Energy setzte allerdings der Begründung des russischen Energiekonzerns entgegen:

"Solche Leckagen beeinträchtigen im Normalfall den Betrieb einer Turbine nicht und können vor Ort abgedichtet werden."

Angesichts der Nachricht, dass die Lieferungen über Nord Stream vollständig eingestellt wurden, kletterte der Gaspreis in Europa bei Handelsbeginn am Montag um 30 Prozent auf über 2.900 US-Dollar pro 1.000 Kubikmeter. Gazprom teilte am Freitag mit, dass der Gasdurchfluss durch Nord Stream, der zuvor für drei Tage wegen geplanter Wartungsarbeiten gestoppt worden war, wegen eines Ölaustritts an der einzigen in Betrieb befindlichen Trent-60-Anlage nicht aufgenommen werden könne.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63165816b480cc11d12fcb9d.jpg>

Kompressorstation Portowaja

8:13 de.rt.com: **Russisches Kabinett will Umweltschutzprogramm für Donbass aufstellen**

Im Donbass werden Umweltprojekte in Angriff genommen und die Arbeiten zur Wiederaufnahme der Abfallbewirtschaftung haben bereits begonnen. Dies gibt die stellvertretende russische Ministerpräsidentin Wiktorija Abramtschenko bekannt. Sie [schreibt](#) auf ihrem Telegram-Kanal:

"Auf Anweisung des russischen Präsidenten wird die Regierung an der Schaffung eines Umweltschutzprogramms im Donbass arbeiten. Wir haben bereits damit begonnen, Mittel bereitzustellen, um als Erstes die kommunalen Dienstleistungen im Bereich der Abfallwirtschaft wieder aufzunehmen, neue Müllwagen und Container für die Müllabfuhr zu kaufen und einen Müllkollaps zu verhindern."

Ein komfortables Lebensumfeld erfordere die Umsetzung neuer Umweltprojekte im Bereich der Erhaltung der Wälder, der Wasseraufbereitung, der Einführung eines effektiven Systems der Abfallwirtschaft aller Gefahrenklassen und der "Grundreinigung" des Territoriums, sagte die stellvertretende Ministerpräsidentin Russlands.

8:44 de.rt.com: **Peskow: Westliche Sanktionen machen Nord-Stream-Wartungssystem unbrauchbar**

Es gibt keine Reparaturen an der Nord-Stream-Turbine, die Verantwortung für die Situation

der Pipeline liegt allein bei der EU. Dies erklärte der russische Präsidentensprecher Dmitri Peskow. Er sagte Reportern:

"Dort ist eine Situation eingetreten, die nach unseren technischen Vorschriften potenziell gefährlich für den Betrieb ist. Gazprom sprach von einem Ölleck. Wir brauchen eine Dienstleistung, das ist nicht möglich. Das ist nicht geschehen. Wie die Dinge technisch funktionieren? Es ist wahrscheinlich besser, wenn man die Vertreter von Gazprom nach Details fragt, aber ich möchte noch einmal betonen, dass wir bedauern, sagen zu müssen, dass die Verantwortung für diese Situation ausschließlich bei den EU-Staaten und den Staaten liegt, die Sanktionen gegen unser Land verhängt haben."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6316e7fe48fbef57d96a8e5f.jpg>

Telegram-Kanal der Volksmiliz der LVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponko über die Lage am 06.09.2022**

Bei aktiven Offensivhandlungen von Einheiten der Volksmiliz der LVR erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden große Verluste an Personal und Technik. Vernichtet wurden:

- 35 Mann;
- 2 Panzer
- 5 Schützenpanzerwagen;
- 6 Spezialfahrzeuge;
- 1 Feuerpunkt.

In den von den ukrainischen Nationalisten befreiten Territorien der Lugansker Volksrepublik geht der Aufbau eines friedlichen Lebens weiter:

Technische Pioniereinheiten der Volksmiliz der LVR setzen die Minenräumung fort.

Im Verlauf des 5. September haben sie mehr als 7 Hektar Territorium von explosiven Objekten gesäubert, die von ukrainischen Nationalisten in den Gebieten von Nowokrasnjanka und Piwnowo zurückgelassen wurden, gesäubert.

Die Volksmiliz der LVR setzt gemeinsam mit gesellschaftlichen Organisationen die Lieferung von humanitärer Hilfe an Einwohner dieser Bezirke fort.

Außerdem haben Mitarbeiter des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR humanitäre Hilfe für bedürftige Einwohner von Nowotoschkowskoje geliefert.

9:17 de.rt.com: **DVR-Behörden lassen die ersten vier wegen "Separatismus" verurteilten Personen in Mariupol frei**

Die ersten vier Personen, die vom Kiewer Regime wegen Verbindungen zu Russland oder den Behörden der Volksrepublik Donezk verurteilt wurden und in Mariupol inhaftiert waren, sind in Donezk freigelassen worden. Dies wurde [RIA Nowosti](#) von einer Quelle in den Strafverfolgungsbehörden des DVR berichtet. Die Quelle der Nachrichtenagentur sagte: "Die Staatsanwaltschaft der Volksrepublik Donezk hat vier Bürger freigelassen, die zuvor vom Kiewer Regime wegen 'Separatismus' verurteilt worden waren. Sie befanden sich in

einem Gefängnis in Mariupol."

Wie die Quelle erklärte, wurde der Fall mehrere Monate lang geprüft, weil "sichergestellt werden musste, dass die Freigelassenen nicht in echte Verbrechen verwickelt waren und keine Verbindung zu den ukrainischen Sonderdiensten hatten".

Einer der Ex-Häftlinge, Nikolai Prischtschenko, erklärte gegenüber RIA Nowosti, dass er aufgrund von zwei Strafartikeln verurteilt wurde – "Verrat am Vaterland" und "Beteiligung an einer organisierten kriminellen Vereinigung". Er sagte:

"Angeblich, weil ich mich einer organisierten kriminellen Vereinigung mit den russischen Spezialdiensten angeschlossen habe. Ich habe gerade einem Mann mit Behinderung in Kurachowo geholfen, weil ich selbst aus Kurachowo stamme. Und er stand in Korrespondenz mit jemandem aus der Russischen Föderation, ich weiß nicht einmal, mit wem. Als wir wieder in Kurachowo ankamen, wurden wir von Beamten des ukrainischen Sicherheitsdienstes am Busbahnhof abgeholt."

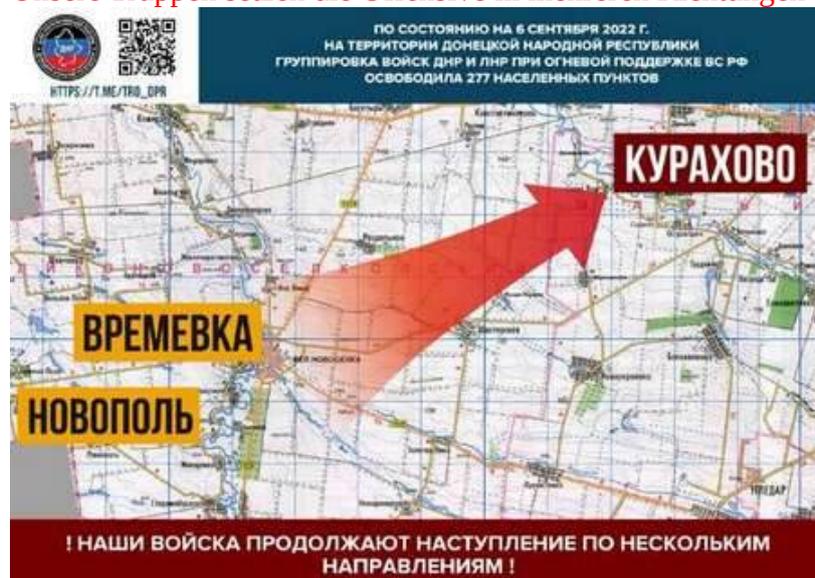
Prischtschenko dankte den DVR-Behörden für seine Freilassung.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6316f11ab480cc0cc94cf3a4.jpg>

Hof der Strafkolonie Berdjansk Nr. 77

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: Zum Stand am 6. September 2022 hat die Truppengruppierung der DVR und der LVR mit Feuerunterstützung der Streitkräfte der RF 277 Ortschaften, einschließlich Nowopol und Wremewka befreit. Unsere Truppen setzen die Offensive in mehreren Richtungen fort!



https://cdn4.telegram-cdn.org/file/EhvSkZPiPOOsAPEHOGhEsTlMIY3CFIGmnsW8x_9D0KTXpBs-

[55zUlfoqguOJ8e6vC512eXuM76VwvHTcCDuUk70PRjt6ykkyiapvcdVMOCOdevQm-egW42iSxx3bNvzHUWpX30jq2qRZtY6erJRiwhaEA3A-IATyx1VhAl0LZa-iSfnOr0nwGtR2NCM2X0Dop2exVajBeLgQTcK95lw4NYPcSD0oHbn-GzXdDsf5xerjoTKJmF-bjbDZ8TDf-9OfA2fVsIRFQ8K_h_VhEIGL0j-RB2ebxFLfil0w--47Ks5lOCaMqGsUe0JcOYosjBJhNdY2UMWfT89COsZGZoX7Gw.jpg](https://www.de.rt.com/55zUlfoqguOJ8e6vC512eXuM76VwvHTcCDuUk70PRjt6ykkyiapvcdVMOCOdevQm-egW42iSxx3bNvzHUWpX30jq2qRZtY6erJRiwhaEA3A-IATyx1VhAl0LZa-iSfnOr0nwGtR2NCM2X0Dop2exVajBeLgQTcK95lw4NYPcSD0oHbn-GzXdDsf5xerjoTKJmF-bjbDZ8TDf-9OfA2fVsIRFQ8K_h_VhEIGL0j-RB2ebxFLfil0w--47Ks5lOCaMqGsUe0JcOYosjBJhNdY2UMWfT89COsZGZoX7Gw.jpg)

9:23 de.rt.com: **IS bekennt sich zum tödlichen Bombenanschlag in der Nähe der russischen Botschaft in Kabul**

Bei einem Selbstmordanschlag in der afghanischen Hauptstadt wurden am Montag 25 Menschen getötet, darunter zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft in Kabul. Inzwischen hat die radikalislamische Miliz IS die Verantwortung für die Tat übernommen.

Der "Islamische Staat" (IS, früher ISIS) hat sich zu dem Selbstmordattentat vom Montag in Kabul bekannt. Die Explosion ereignete sich unweit des Eingangs zur russischen Botschaft in der afghanischen Hauptstadt und tötete 25 Menschen, darunter [zwei Botschaftsangehörige](#). Die Terrorgruppe behauptete, der Anschlag sei von einem ausländischen Kämpfer verübt worden. Einigen Berichten zufolge wurde die Attacke von einem lokalen Ableger des "Islamischen Staats", dem sogenannten ISIS-K, verübt.

Dies ist der erste Angriff auf eine diplomatische Vertretung in Afghanistan, zu dem sich ISIS seit der Machtübernahme der Taliban im Jahr 2021 bekennt. Zuvor hatte das russische Untersuchungskomitee bestätigt, dass ein stellvertretender Sekretär und ein Sicherheitsbeamter – beide russische Staatsangehörige – bei der Explosion getötet wurden. Medienberichten zufolge handelte es sich bei den meisten Opfern um Afghanen, die in einer Warteschlange für ein Visum anstanden. Der russische Außenminister Sergei Lawrow erklärte, dass die Sicherheitsvorkehrungen in der Botschaft nach dem Anschlag verstärkt wurden. Zu Beginn eines Treffens zwischen dem russischen Außenminister und seinem tadschikischen Amtskollegen Sirojiddin Muhridin am Montag in Moskau wurde der getöteten Mitarbeiter der diplomatischen Vertretung Russlands in Kabul mit einer Schweigeminute gedacht.

Russland gehört zu den wenigen Ländern, die eine Botschaft in der afghanischen Hauptstadt beibehalten haben, nachdem die Taliban vor einem Jahr die Macht in dem zentralasiatischen Land übernommen hatten. Seitdem ist es in Afghanistan wiederholt zu Terroranschlägen gekommen, für die die Taliban den ISIS-K verantwortlich machen. Mitte August wurde eine Moschee in Kabul während des Abendgebets von einer gewaltigen Explosion erschüttert, bei der Dutzende von Menschen ums Leben kamen.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6316e5bab480cc0c250fd9b2.jpg>
Ein Angehöriger der afghanischen Sicherheitskräfte steht am 5. September 2022 in der Nähe des Ortes einer Explosion in Kabul, Afghanistan.

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 6.09.22 um 10:30 Uhr**

Die ukrainische Seite terrorisiert weiter die Zivilbevölkerung der Republik, indem sie massive Artillerieschläge auf Wohngebiete und Objekte der zivilen Infrastruktur verübt, die ihrerseits keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.

In den letzten 24 Stunden hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **158 Geschosse** mit Panzern, Rohrartillerie des Kalibers 155mm, 152mm und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurden **2 Zivilisten unterschiedlich schwer verletzt**. 15 Wohnhäuser und 3 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.

Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Durch gemeinsame Handlungen von Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation wurden in den letzten 24 Stunden folgende feindliche Waffen und Militärtechnik vernichtet: 2 Mehrfachraketenwerfer BM-21 „Grad“, 1 Panzer und 1 Lastwagen. Zwei Feuerstellungen des Gegners in den Gebieten von Awdejewka und Perwomajskoje und mehr als 20 Mann wurden liquidiert.

Derzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten dringend darum, bei der Bewegung vorsichtig zu sein sowie die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

9:46 de.rt.com: **Borrell beklagt "Verknappung" der Waffenbestände aufgrund von Lieferungen an die Ukraine**

Die Waffenbestände in der Europäischen Union sind nach der Bereitstellung von Militärhilfe für die Ukraine "aufgebraucht". Dies sagte der EU-Kommissar für Außen- und Sicherheitspolitik Josep Borrell, wie Associated Press berichtete. In einer Debatte mit europäischen Parlamentariern sagte er:

"Die militärischen Reserven der meisten Mitgliedsstaaten sind, ich würde nicht sagen, erschöpft, aber weitgehend aufgebraucht, da wir den Ukrainern viele Kapazitäten zur Verfügung stellen."

Der Diplomat forderte die EU-Mitgliedstaaten auf, ihre Waffenarsenale durch die Bündelung militärischer Aufträge aufzustocken. Ein solcher Ansatz würde seiner Meinung nach zur Kostensenkung beitragen. Darüber hinaus vertrat Borrell die Auffassung, dass die EU bereits vor einem Jahr mit der Ausbildung der ukrainischen Streitkräfte hätte beginnen sollen.

Die EU hat seit Ende Februar insgesamt 2,5 Milliarden Euro für die militärische Unterstützung der Ukraine bewilligt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6316f65eb480cc022613af83.jpg>

10:07 de.rt.com: **Japan protestiert gegen Russlands Ausstieg aus Vereinbarung über erleichterten Besuch der Kurilen**

Japan hat gegen Russlands Entscheidung, das Abkommen über visafreie Besuche auf den Kurilen für japanische Bürger zu kündigen, Protest erhoben. Der Schritt war Moskaus Antwort auf Tokios "unfreundliches Verhalten".

Die japanische Regierung hat Russland gegenüber "scharfen Protest" wegen der Entscheidung zum Ausdruck gebracht, das Abkommen über erleichterte Besuche auf den Kurilen zu kündigen. Dies erklärte der japanische Leiter des Kabinettssekretariats Hirokazu Matsuno auf einer Pressekonferenz.

Matsuno zufolge sei allein Russland für den derzeitigen Zustand der japanisch-russischen Beziehungen verantwortlich. Dabei räumte er ein, dass Japan Russland nicht daran hindern könne, die Regeln für Kurilen-Besuche zu ändern.

Wiederum bezeichnete der japanische Außenminister Yoshimasa Hayashi die Entscheidung Moskaus als "völlig unvernünftig und inakzeptabel". Er unterstrich, dass die Verhängung antirussischer Sanktionen mit der Situation in der Ukraine zusammenhänge und dass Moskau bei Entscheidungen über die bilaterale Zusammenarbeit angeblich versuche, die Verantwortung auf Japan abzuwälzen". Der japanische Chefdiplomat fügte hinzu:

"Stand heute haben wir von Russland noch keine Benachrichtigung in dieser Angelegenheit erhalten."

Am Vorabend wurde auf dem offiziellen russischen Internetportal für juristische Informationen ein Erlass des Premierministers Michail Mischustin über die Aufhebung des Abkommens mit Japan über erleichterte Besuche auf den Inseln Kunaschir, Iturup und Inseln des Kleinen Kurilenrückens veröffentlicht.

Es handelt sich um Abkommen über gegenseitige Einreiseerleichterungen aus dem Jahr 1991 sowie über maximal erleichterten Besuch der ehemaligen japanischen Bewohner der Inseln aus dem Jahr 1999. Aus Letzterem ging hervor, dass die ehemaligen Bewohner zusammen mit ihren Familienangehörigen das Recht auf eine vereinfachte Einreise auf die Inseln haben. Das russische Außenministerium hatte zuvor erklärt, dass Moskau auf die unfreundlichen Schritte Tokios reagiere, indem es sich weigere, über einen Friedensvertrag zu verhandeln, und sich auch aus dem Dialog über die Einrichtung gemeinsamer wirtschaftlicher Aktivitäten auf den südlichen Kurilen zurückziehe.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6316f84db480cc0b043d313d.jpg>

10:24 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen erneut Nowaja Kachowka**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen erneut die Stadt Nowaja Kachowka im Gebiet Cherson beschießen. Am Dienstag sei bereits zum siebten Mal Luftalarm in der Stadt ausgelöst worden. Dies teilte die zivil-militärische Verwaltung in Nowaja Kachowka am Dienstag mit. Seit 1:07 Uhr MEZ sei die russische Luftabwehr in Nowaja Kachowka aktiv. Zugleich beschießen die ukrainischen Truppen die Stadt weiterhin. Nach Angaben der Behörden soll

vor allem das Kachowka-Wasserkraftwerk angegriffen werden. Die zivil-militärische Verwaltung der Stadt [berichtete](#) auf Telegram:

"Um 10.00 Uhr ertönte der Luftalarm in Nowaja Kachowka wieder. Das ist der siebte Alarm für den 6. September."

Die russische Luftabwehr habe die meisten ukrainischen Raketen abgeschossen, die über Nacht und am Morgen auf die Stadt und das Wasserkraftwerk abgefeuert worden seien, [sagte](#) der Leiter der zivil-militärischen Verwaltung, Wladimir Leontjew, gegenüber TASS am Dienstag. Über Nacht sollen insgesamt 74 Raketen auf Nowaja Kachowka abgefeuert worden sein.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/6316ff0d48fbef353e74f2b9.jpg>
Russische Soldaten in der Nähe des Kachowka-Wasserkraftwerks im Mai

10:49 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen Passamt in Energodar**

Ukrainische Kämpfer haben mit einer Drohne eine Granate auf das Dach des Passamtsgebäudes in Energodar abgeworfen, in dem russische Dokumente ausgestellt werden. Dies [teilte](#) die Stadtverwaltung am Dienstag, dem 6. September, mit. In der auf dem Telegram-Kanal der Verwaltung veröffentlichten Nachricht hieß es:

"Erneut wurde eine zivile Infrastruktureinrichtung in Energodar angegriffen. Eine ukrainische Drohne warf gegen Mitternacht ein Projektil auf das Dach des Passamtes. Infolgedessen wurde dem Amt für die Verteidigung der russischen Staatsbürgerschaft ein materieller Schaden zugefügt."

10:51 de.rt.com: **Medienbericht: Deutschland kann Rezession nicht mehr vermeiden**

Trotz des 65-Milliarden-Euro-Pakets zur Entlastung der Bürger, mit dem die Folgen der steigenden Energiepreise abgemildert werden sollen, werde Deutschland in eine Rezession rutschen. Zu diesem Ergebnis kommt die Nachrichtenseite "Bloomberg" unter Berufung auf Analysten.

Laut der Nachrichtenseite Bloomberg wird das 65-Milliarden-Euro-Finanzhilfepaket, das von Berlin als jüngster Versuch verabschiedet wurde, den inflationsbedingten Druck einer sich verschärfenden Stromversorgungskrise zu lindern, nicht die drohende Rezession verhindern. Bloomberg stützt sich bei seinem Bericht auf verschiedene Analysten, die der größten Volkswirtschaft in der EU eine schwierige Zeit voraussagen.

Die von der Bundesregierung beschlossenen Maßnahmen umfassen höhere Subventionen für einkommensschwache Haushalte, Zahlungen an Studenten und Rentner sowie eine Deckelung der Strompreise. Der Ökonom des niederländischen Finanzdienstleisters ING Carsten Brzeski, soll laut Bloomberg in einem Bericht an Kunden geschrieben haben:

"Während das angekündigte Paket in der Tat eine gewisse Erleichterung für die finanziell

Schwächeren bringen wird, ist es zweifelhaft, dass das Paket ausreichen wird, um die Auswirkungen der höheren Energierechnungen vollständig zu kompensieren." Der Experte äußerte auch Zweifel daran, dass das gesamte Paket 2022 in Kraft treten werde. Er gehe zudem davon aus, dass "das Paket wahrscheinlich nicht ausreichen wird, um eine Rezession in der Gesamtwirtschaft zu verhindern". Commerzbank-Volkswirt Jörg Krämer warnte unterdessen, dass die angekündigten Schritte nur die "Illusion erwecken, dass große Teile der Bevölkerung vor den Folgen der steigenden Energiepreise geschützt werden können". Er fügte hinzu, dass das Vorgehen Berlins in Verbindung mit den ausgelasteten Produktionskapazitäten die ohnehin schon hohen Verbraucherpreise weiter in die Höhe treiben könnte. Die Senkung der Stromrechnungen der Haushalte um zehn Milliarden Euro dürfte die Gesamtinflation lediglich um 0,6 Prozent senken, wie Greg Fuzesi, Strategie bei der US-amerikanischen Investmentbank JPMorgan Chase, in einer von Bloomberg zitierten Berechnung feststellte. Laut Fuzesi gebe es "zum jetzigen Zeitpunkt zu viele Fragen, um die genauen Auswirkungen auf die Inflation abzuschätzen, einschließlich des Zeitplans". Er fügte hinzu, dass aufgrund des Stopps der russischen Gaslieferungen über die Nord Stream 1-Pipeline "neue Risiken entstehen könnten".



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631704f348fbef57d96a8e88.jpg>

11:12 de.rt.com: **Tschetschenien-Chef Kadyrow will doch im Amt bleiben: "Ich habe kein Recht, einfach so zu gehen"**

Ramsan Kadyrow hat am vergangenen Wochenende mit einer Erklärung auf Telegram für Verwirrung gesorgt: Als dienstältester Chef einer russischen Region habe er einen unbefristeten Urlaub verdient. Nun zerstreut der Tschetschenien-Chef alle Gerüchte und Spekulationen.

Der Chef der russischen Teilrepublik Tschetschenien, Ramsan Kadyrow, hat in der Nacht zum Dienstag zahlreiche Gerüchte und Spekulationen rund um seine politische Zukunft aus dem Weg geräumt. In einer auf Telegram veröffentlichten [Videobotschaft](#) teilte Kadyrow mit, er habe doch nicht vor, sein Amt niederzulegen. Auch ein unbefristeter Urlaub stehe nicht auf seiner Agenda.

Seine medienstarke Erklärung vom 3. September erklärte der Tschetschenien-Chef damit, dass er auf einen Medienbericht gestoßen sei, wonach er mit seinen 15 Jahren im Amt das dienstälteste Oberhaupt einer russischen Region sei. Daher habe Kadyrow nach der Meinung seiner Landsleute fragen wollen. Anschließend habe er auch feststellen müssen, dass der absolute Rekordhalter unter den russischen Gouverneuren 27 Jahre sein Amt bekleidet habe. Den Namen dieses regionalen Oberhauptes nannte Kadyrow zwar nicht, aber bei ihm handelt es sich offenbar um den Gouverneur des Gebiets Belgorod Jewgeni Sawtschenko, der vor zwei Jahren zurückgetreten war. In diesem Zusammenhang gab der amtierende Tschetschenien-Chef bekannt:

"Ich sage mehr: Ich habe beschlossen, den geltenden Rekord zu schlagen. Mal schauen, vielleicht gelingt es mir, diese Marke zu überbieten. Eigentlich habe ich kein Recht, einfach so zu gehen."

Kadyrow sagte, das tschetschenische Volk habe ihm die Leitung der russischen Teilrepublik anvertraut und es sei seine heilige Pflicht, diesem Vertrauen gerecht zu werden. Er könne erst nach einer Genehmigung des Volkes und des Präsidenten Russlands sein Amt niederlegen.

Dieses Jahr werde er nicht einmal in Urlaub gehen.

"Ich habe schon zuvor gesagt, dass weder die regionalen Behörden noch die Armeeangehörigen unabhängig von ihrem Rang in dieser verantwortungsvollen Zeit, wenn unser Land gegen den weltweiten Satanismus im Donbass kämpft, in Urlaub gehen dürfen." Ferner kündigte der Tschetschenien-Chef "ausgezeichnete Nachrichten" aus dem Donbass an, die nicht lange auf sich würden warten lassen. Er berichtete über neue Geländegewinne durch alliierte Truppen, das heißt Truppen Russlands sowie der Volksrepubliken Donezk und Lugansk. Kadyrow zufolge würden sich ihnen bald ein paar Tausend Freiwillige und Elitesoldaten anschließen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6317040eb480cc0f1b081c6e.jpg>

11:23 de.rt.com: Peskow: **Noch keine Gespräche über Treffen zwischen Selenskij und Putin**

Um ein Treffen zwischen dem russischen Präsidenten Wladimir Putin und Wladimir Selenskij zu arrangieren, muss die Grundlage für die Zementierung von Vereinbarungen geschaffen werden, aber davon ist noch nicht die Rede. Dies teilte der Pressesprecher des russischen Staatschefs, Dmitri Peskow, mit. Er sagte:

"Was das Treffen zwischen Putin und Selenski betrifft, so hat sich hier nichts geändert. Niemand braucht ein Treffen um des Treffens willen. Damit ein solches Treffen stattfinden und überhaupt auf der Tagesordnung stehen kann, müssen die Arbeit geleistet und die Grundlage für die Vereinbarungen geschaffen werden, die auf höchster Ebene getroffen werden können."

Peskow fügte hinzu, dass dies leider immer noch nicht in Frage kommt.

11:54 de.rt.com: **Ukrainische Streitkräfte beschießen erneut Dorf Tjotkino im Gebiet Kursk**

Die ukrainischen Streitkräfte sollen das Dorf Tjotkino im Gebiet Kursk in Russland erneut beschossen haben. Dies teilte der Gouverneur des Gebietes, Roman Starowoit, auf seinem Telegram-Kanal mit. Nun sei das Dorf wegen des Beschusses ohne Strom. Wörtlich sagte er: "Das Dorf Tjotkino wird erneut von den Streitkräften der Ukraine beschossen. Bis jetzt haben wir 21 Granaten registriert, eine Umspannstation in der Getreidemühle brennt. Das Dorf ist ohne Strom."

Ein landwirtschaftliches Unternehmen zwischen den Dörfern Tjotkino und Popowo-Leschatschi sei durch Granatenbeschuss stark getroffen worden. Eine Getreidemühle sei zerstört und verschiedene Gebäude, Fahrzeuge, eine Umspannstation und Stromleitungen beschädigt worden. Die ukrainischen Streitkräfte sollen mit dem Beschuss begonnen haben, als die Menschen gerade dort arbeiteten. Allerdings gebe es keine Verletzten. Derzeit bemühten sich die Fachkräfte, die Stromversorgung wiederherzustellen. Auf den [Fotos](#), die der Gouverneur bei Telegram teilte, sind die Zerstörungen zu sehen.

nachmittags:

12:33 de.rt.com: **Stellvertretender Außenminister Rjabkow: Es herrscht ein hybrider Krieg gegen Russland in allen Sphären**

Russland wurde der totale Krieg erklärt, der in hybriden Formen und in allen Bereichen geführt wird. Dies erklärte der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rjabkow. Er sagte:

"Die Schwere der gegenwärtigen Situation darf nicht unterschätzt werden. In der Tat wurde uns ein umfassender Krieg erklärt. Er wird in hybrider Form und in allen Bereichen geführt. Der Grad der Verbitterung unserer Gegner, unserer Feinde ist enorm, außergewöhnlich."

Am Vortag hatte Dmitri Medwedew, stellvertretender Vorsitzender des Sicherheitsrates und ehemaliger russischer Präsident, Deutschland vorgeworfen, einen hybriden Krieg zu führen. Er reagierte damit auf Bundeskanzler Olaf Scholz, der Moskau nicht mehr als "zuverlässigen Energielieferanten" ansieht. Medwedew erinnerte daran, dass Berlin Sanktionen gegen Russland verhängt habe und die Ukraine mit tödlichen Waffen beliefere, die gegen die russischen Streitkräfte gerichtet seien.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63171214b480cc243e2a0f32.jpg>
Sergei Rjabkow

12:45 de.rt.com: **Joe Biden: Russland sollte nicht als Sponsor des Terrorismus gebrandmarkt werden**

US-Präsident Joe Biden hat die Frage von Journalisten verneint, ob er der Meinung sei, dass Russland auf die US-Liste der staatlichen Sponsoren des Terrorismus gesetzt werden sollte. Jedoch ist Biden nicht berechtigt, über diese Angelegenheit zu entscheiden.

US-Präsident Joe Biden hat erklärt, er sei dagegen, Russland als Sponsor des Terrorismus einzustufen. Dies folgt aus seiner Antwort auf die Frage von Journalisten, ob Russland seiner Meinung nach auf die US-Liste der Terrorismus unterstützenden Länder gesetzt werden sollte. Biden erklärte kurz und bündig: "Nein."

Dieses Statement gab das US-Staatsoberhaupt kurz nach seiner Rückkehr nach Washington während eines Gesprächs mit Reportern im Weißen Haus ab. Anschließend lächelte Joe Biden und beantwortete keine der anderen Fragen der Presse. Zuvor hatte der Vertreter des Außenministeriums Jim O'Brien mitgeteilt, dass ein solcher Status Russlands negative

Auswirkungen auf das Getreideabkommen haben könnte.

In den USA liegt die Befugnis, Länder als "Sponsoren des Terrorismus" einzustufen, beim Außenministerium. Der Senat verabschiedete bereits eine Resolution, in der zu einer solchen Entscheidung aufgefordert wird. Im Repräsentantenhaus wurde ein entsprechender Gesetzentwurf bereits auf den Weg gebracht. Als Anlass zu diesem Schritt werden in den USA die Ereignisse in Tschetschenien, Georgien, Syrien und der Ukraine genannt.

Am 5. September unterstrich der russische Botschafter in Washington Anatoli Antonow gegenüber der russischen Zeitung Rossijskaja Gaseta, dass die mögliche Umsetzung einer Initiative in den USA, Russland zu einem "staatlichen Sponsor des Terrorismus" zu erklären, zu härtesten Gegenmaßnahmen seitens Moskaus führen würde.

Die US-Liste enthält Staaten, die nach Ansicht Washingtons "wiederholt Akte des internationalen Terrorismus unterstützt haben". Die US-Regierung verfügt über weitreichende Befugnisse zur Verhängung von Sanktionen über die in der Liste aufgeführten Personen. Das US-Finanzministerium kann gegen die Unternehmen und Personen sowie gegen Staaten, die mit Ländern auf der Liste Handel treiben, vorgehen. Iran, die Demokratische Volksrepublik Korea, Kuba und Syrien sind derzeit gelistet.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63171d7d48fbef57d96a8eb7.jpg>

13:07 de.rt.com: **Donezk meldet einen Verletzten durch ukrainischen Beschuss**

Ukrainische Truppen sollen drei Bezirke der Stadt Donezk beschossen haben. Dabei sollen insgesamt acht Geschosse des Kalibers 152 Millimeter und sechs Geschosse des NATO-Standardkalibers 155 Millimeter eingesetzt worden sein. Dies [berichtete](#) am Dienstag die DVR-Vertretung dem Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung von Fragen im Zusammenhang mit Kriegsverbrechen der Ukraine.

Außerdem sei ein Mann beim Beschuss der Stadt Donezk durch das ukrainische Militär verletzt worden, [meldete](#) der Stab für Territorialverteidigung der Donezker Volksrepublik.

Wörtlich hieß es:

"Die bewaffneten Verbände der Ukraine haben den Bezirk Petrowski von Donezk beschossen, auf der Schestakow-Straße wurde ein Mann verletzt."

14:38 (13:38) [novorosinform.org](#): **Eine Brigade der ukrainischen Streitkräfte verlässt Stellungen in der Nähe von Saizewo in der DVR - russisches Verteidigungsministerium**

Das Personal der 53. mechanisierten Brigade der Streitkräfte der Ukraine verlässt seine Kampfstellungen im Bereich der Siedlung Saizewo und weigert sich, den Befehlen des Kommandos Folge zu leisten.

Das russische Verteidigungsministerium berichtete, der Grund seien hohe Verluste und die Einstellung der Rotation im Bereich von Saizewo. Es wird darauf hingewiesen, dass derzeit das Personal der Brigade der Streitkräfte der Ukraine die Kampfstellungen in Gruppen verlasse.

Der Bericht des Verteidigungsministeriums besagt auch, dass russische Truppen im Laufe des

Tages drei Kommandoposten der Streitkräfte der Ukraine in den Regionen Charkow und Saporoschje angegriffen hätten. Darüber hinaus wurden im Gebiet des Dorfes Weseljanka in der Region Saporoschje durch Angriffe der russischen Luftwaffe auf die Einsatzorte der 65. mechanisierten Brigade der Streitkräfte der Ukraine etwa hundert ukrainische Kämpfer und 15 Einheiten militärischer Ausrüstung eliminiert. Außerdem hätten russische Luftverteidigungssysteme an einem Tag 12 feindliche unbemannte Luftfahrzeuge abgeschossen.



https://www.novorosinform.org/content/images/25/27/52527_720x405.jpg

13:40 de.rt.com:**Russisches Verteidigungsministerium: Ukrainische Streitkräfte verlieren über 210 Soldaten und zwölf Panzer in 24 Stunden**

Der Sprecher des russischen Verteidigungsministeriums, Generalleutnant Igor Konaschenkow, hat erneut über die Fortschritte der russischen militärischen Sonderoperation in der Ukraine informiert. Er sagte, dass das ukrainische Militär im Laufe des Tages zwölf Panzer, elf Schützenpanzer und acht andere gepanzerte Fahrzeuge, sechs Pickups mit großkalibrigen Maschinengewehren und über 210 Soldaten in Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog verloren hat. Darüber hinaus wurden dort in der Nähe der Ortschaften Wissunsk, Jawkino, Beresnewatoje und Tschewonopolje die Truppen und die militärische Ausrüstung mehrerer ukrainischer Brigaden getroffen und drei Waffen- und Munitionslager für Raketen und Artillerie in der Nähe von Welikoje Artakowo im Gebiet Nikolajew zerstört.

Im Gebiet Dnepropetrowsk zerstörte das russische Militär ein großes Treibstofflager in dem Gebiet von Karpowka, das für eine Gruppe ukrainischer Truppen in Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog bestimmt war. Konaschenkow fügte hinzu, dass im Laufe des Tages drei Su-25-Kampfflugzeuge der ukrainischen Luftstreitkräfte abgeschossen worden seien: eines in der Nähe des Dorfes Snigirewka und zwei im Gebiet Nikolajew.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63172ecdb480cc022613afcc.jpg>

Generalleutnant Igor Konaschenkow

14:00 de.rt.com: **Russisches Gericht entzieht "Nowaja Gaseta" die Lizenz**

Ein Moskauer Bezirksgericht hat der "Nowaja Gaseta", einer der ältesten liberalen Zeitungen Russlands, am Montag die Medienlizenz entzogen. Der Schritt erfolgte auf Antrag der Medienaufsichtsbehörde. Chefredakteur Dmitri Muratow will Berufung einlegen.

Am Montag gab ein Moskauer Bezirksgericht einem Antrag der Medienaufsichtsbehörde Roskomsnadsor statt, der Zeitung Nowaja Gaseta die Lizenz zu entziehen. Die Behörde begründete dies damit, dass das Blatt es versäumt habe, nach einem Eigentümerwechsel im Jahr 2006 entsprechende Unterlagen einzureichen. Vertreter der Zeitung erklärten vor Gericht, dass der Wechsel kein Entstehen eines neuen Medienunternehmens bedeutete. Außerdem sei die Verpflichtung für Medienunternehmen, den Behörden eine Kopie ihrer Satzung vorzulegen, erst im Jahr 2018 in die Gesetzgebung aufgenommen worden.

Die Nowaja Gaseta befand sich ursprünglich vollständig im Besitz der Redaktion, verkaufte aber im Jahr 2006 einen Anteil von 49 Prozent an den ehemaligen sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow und den damaligen Juristen Alexander Lebedew, der als Miteigentümer der bekannten britischen Zeitungen Evening Standard und The Independent bekannt ist. Die beiden verpflichteten sich, ihr persönliches Vermögen in den Betrieb der Zeitung zu investieren.

Nowaja Gaseta wurde im Jahr 1993 gegründet und ist vor allem für ihre Recherchen bekannt. Mehrere Journalisten, die für die Zeitung tätig waren, wurden wiederholt angegriffen oder bedroht. Die wohl bekanntesten Mitarbeiterinnen, die im Zusammenhang mit ihren Berichten mit dem Leben bezahlen mussten, waren Anna Politkowskaja und Natalja Estemirowa.

Die Redaktion bezeichnete die Behauptungen Roskomsnadsors als Druck auf die Medienfreiheit. In einer Stellungnahme vom Montag hieß es:

"Die Zeitung wurde heute getötet. Ihren Mitarbeitern wurden 30 Jahre ihres Lebens geraubt. Den Lesern wurde das Recht auf Information genommen."

Die Zeitung werde aber weiterhin existieren. "Der freie Geist weht, wo er will und wie er will", hieß es ferner.

Chefredakteur Dmitri Muratow, der im vergangenen Jahr den Friedensnobelpreis erhalten hatte, bezeichnete die Entscheidung als politisch motiviert. Sie habe "nicht die geringste Rechtsgrundlage". Er kündigte an, gegen den Entzug der Lizenz in Berufung zu gehen. Im März hatte die Zeitung ihr Erscheinen einstellen müssen. Muratow begründete das damals mit der Sorge um das Wohl der Korrespondenten, nachdem in Russland ein "Fake-News-Gesetz" in Kraft getreten war. Es sieht Haftstrafen für Journalisten vor, deren Veröffentlichungen offiziellen Meldungen widersprechen. Ein Teil der Redaktion hat inzwischen ein neues, in Europa ansässiges Projekt gegründet, das den Namen der Zeitung trägt, aber formal nicht mit ihr verbunden ist.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631719ebb480cc0cc94cf3d6.jpg>

Eine Ausgabe der Zeitung "Nowaja Gaseta" vom März 2022

14:08 de.rt.com: **Lawrow: Westen hebt Sanktionen, die verhindern, dass Lebensmittel aus Russland auf globale Märkte gelangen, nicht auf**

Der Westen hält seine Versprechen nicht ein und trifft keine Entscheidung zur Aufhebung der Sanktionen, die verhindern, dass russische Lebensmittel auf die Weltmärkte gelangen. Dies erklärte der russische Außenminister Sergei Lawrow. Während einer Pressekonferenz sagte er: "Unsere westlichen Kollegen tun jetzt nicht, was uns durch den UN-Generalsekretär versprochen wurde, nämlich keine Entscheidungen zu treffen, um logistische Sanktionen auszuschließen, die den freien Zugang von Getreide und Düngemitteln zu den Weltmärkten verhindern."

Er sagte, Moskau arbeite mit der UNO zusammen, um sicherzustellen, dass die in Istanbul unterzeichneten Vereinbarungen umgesetzt werden.

Am 22. Juli waren in Istanbul multilaterale Abkommen zur Aufhebung der Ausfuhrbeschränkungen für russische Produkte und zur Erleichterung der Ausfuhr von ukrainischem Getreide durch Russland unterzeichnet worden. Das Abkommen, das von Vertretern Russlands, der Türkei, der Ukraine und der UNO unterzeichnet wurde, sieht die Ausfuhr von ukrainischem Getreide, Lebensmitteln und Düngemitteln über das Schwarze Meer aus drei Häfen, darunter Odessa, vor.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631728b648fbef57d96a8ecd.jpg>

15:25 (14:25 novorosinform.org: **"Der Feind hat sich wieder erholt": An der Front bei Charkow gehen die heftigen Kämpfe weiter**

Ukrainische Kämpfer gingen in der Nähe der Stadt Balakleja in der Region Charkow in die Offensive, berichtet der Telegrammkanal „ZAPISKI VETERAN“.

Der Autor des Kanals stellte fest, dass die Streitkräfte der Ukraine ihre Ausrüstung seit langem in Richtung Charkow zögen und mit ihren Angriffen auf die Region Cherson die Aufmerksamkeit davon ablenkten. Jetzt hat Kiew laut ihm eine Offensive in Richtung Charkow gestartet.

„Heute Morgen gingen die Ucronazis in der Nähe der Stadt Balakleja in die Offensive. Derzeit werden die Brücken, die zur Stadt führen, gesprengt. Die Nazis beschießen die Stadt mit großkalibriger Artillerie und MLRS. Der Feind hat sich am Stadtrand verschanzt“, heißt es in der Mitteilung.

Die Quelle fügte hinzu, dass sich die Zivilbevölkerung der Stadt in diesem Moment in den Kellern verstecke, weil es einen heftigen Kampf gebe. Die russische Luftfahrt operiere in dem Gebiet, die russischen Streitkräfte seien in einen Gegenbatteriekampf verwickelt. Ungefähr die gleiche Situation habe sich in Richtung Isjum entwickelt.

„Es gibt erbitterte Kämpfe. Der Feind hat sich an der Charkower Front wieder erholt“, schloss der Autor des Beitrags.



https://www.novorosinform.org/content/images/25/35/52535_720x405.jpg

14:42 de.rt.com: **Nach ukrainischem Beschuss kann AKW Saporoschje nur noch sich selbst mit Strom versorgen**

Nach dem Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine könne das AKW Saporoschje nur noch sich selbst mit Strom versorgen; die Stadt Energodar sei vorläufig ohne Strom. Dabei seien am Dienstag sieben ukrainische Geschosse registriert worden. Das [teilte](#) das Mitglied des Hauptrates der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje, Wladimir Rogow, auf seinem Telegram-Kanal am Dienstag mit. Es hieß:

"Details zum Beschuss des AKW Saporoschje: Sieben ukrainische Geschosse schwerer Waffen wurde auf das Trainingszentrum abgefeuert; die Stromleitung wurde beschädigt; die Kapazität des Reaktorblocks 6 des AKW wurde auf 150 MW reduziert. Das AKW kann nun nur sich selbst mit Strom versorgen."

16:01 (15:01) [novorosinform.org](#): **Im Zentrum von Berdjansk wurde das Auto des Stadtkommandanten in die Luft gesprengt – Behörden**

Die zivil-militärische Verwaltung der Region Saporoschje enthüllte die Einzelheiten des Terroranschlags, der in der Nähe der Stadtverwaltung von Berdjansk verübt wurde.

Im zentralen Teil der Stadt wurde das Auto des Stadtkommandanten Artjom Bardin in die Luft gesprengt, teilten die Behörden der Region mit.

„Das Auto des Stadtkommandanten wurde in Berdjansk in die Luft gesprengt“, heißt es in der Mitteilung.

Die militärisch-zivile Verwaltung der Region bestätigte, dass es nach der Explosion zu einer Schießerei gekommen sei.

Bei dem Angriff wurde eine Person verletzt. Artjom Bardin wurde in ernstem Zustand ins Krankenhaus eingeliefert, teilte die Verwaltung mit.

Zuvor hatte der Vertreter der militärisch-zivilen Verwaltung des Gebiets Saporoschje Wladimir Rogow die Explosion in Berdjansk als Terrorakt bezeichnet.



https://www.novorosinform.org/content/images/25/42/52542_720x405.jpg

15:02 de.rt.com: **General Winter – NATO mit Schwierigkeiten, der Ukraine Winterbekleidung zu liefern**

Berichten zufolge hat Kiew die Militärallianz gebeten, dringend Hunderttausende von Kampfuniformen und weiterer Ausrüstung für den kommenden Winter zur Verfügung zu stellen. Doch die NATO stößt da an Grenzen.

Die Mitglieder der NATO haben bei ihren Bemühungen, die ukrainische Armee für den kommenden Winter mit ausreichender Bekleidung und Ausrüstung zu versorgen, alles Mögliche getan, berichtete die deutsche Zeitschrift Der Spiegel in seiner aktuellen Ausgabe. Kiew hatte die Allianz offenbar aufgefordert, dringend die notwendige Ausrüstung bereitzustellen, bevor das winterliche Wetter einsetzt.

Der ukrainische Verteidigungsminister Alexei Resnikow hatte laut Spiegel bereits Ende Juli einen Brief an den Generalsekretär der NATO Jens Stoltenberg geschrieben, in dem er das Militärbündnis aufgefordert hatte, bis zu 200.000 ukrainische Soldaten mit kälteresistenten Feldzelten und Kleidung zu versorgen. Die Kampfuniformen und die Ausrüstung müssten so schnell wie möglich geliefert werden, hatte der Minister laut dem Magazin hinzugefügt. Seitdem haben mehrere NATO-Staaten ihre Lagerhäuser nach den benötigten Vorräten abgeklappert. Die Allianz bestätigte dem Spiegel, dass man zu diesem Thema innerhalb der Mitgliedstaaten in Kontakt stehe. Nach Berichten, die ebenfalls vom Spiegel zitiert wurden, haben bisher die USA und Kanada sowie Schweden und Finnland gemeinsam Lieferungen versprochen, deren Umfang bis zu 50 Prozent des Bedarfs der ukrainischen Armee decken könnte.

Verschiedene Kreise aus dem Umfeld der NATO-Mitglieder argumentieren jedoch, dass der größte Teil der vorhandenen Bestände den jeweiligen nationalen Armeen vorbehalten bleiben sollen, schrieb der Spiegel. Berichten zufolge hat das Bündnis angeboten, die an Kiew übergebenen Uniformen und Ausrüstungsgegenstände aus dem sogenannten NATO-Treuhandfonds zu begleichen, der mittlerweile mit 40 Millionen US-Dollar dotiert ist. Berichten zufolge plant auch Deutschland, sich diesen Bemühungen anzuschließen, obwohl die Bundeswehr zuvor Schwierigkeiten zeigte, seine eigenen Truppen mit erforderlicher Ausrüstung auszustatten, so der Spiegel weiter. Mit der Zusendung von Winterbekleidung und Ausrüstung für Feldlager könne Berlin vor dem nahenden Winter "einen wichtigen Beitrag zur Verteidigung der Ukraine leisten", sagte Verteidigungsministerin Christine Lambrecht. Die Bundeswehr steht laut Spiegel einer Weitergabe ihrer Ausrüstung an die Ukraine eher "kritisch" gegenüber. Lambrecht selbst hatte zuvor immer wieder darauf hingewiesen, dass die Bundeswehr bei der Aufrüstung der Ukraine an die Grenzen ihrer Kapazitäten stößt. Erst im vergangenen Februar hatte die Bundeswehr wegen fehlender Winterkleidung für negative

Schlagzeilen gesorgt. Die Wehrbeauftragte Eva Högl hatte erschreckende Ausrüstungsmängel bei den Bundeswehrsoldaten beklagt, die auf dem Militärstützpunkt Rukla in Litauen die russische Armee abschrecken sollen. Der Truppe fehlten wärmende Jacken, aber auch adäquate Unterwäsche, hatte sie der Augsburger Allgemeinen gesagt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/631741e548fbef353e74f326.jpg>

Gebirgsjäger der Bundeswehr in den Alpen, 27.01.2022

15:03 de.rt.com: **Ukrainischer Offensivversuch in Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog gescheitert**

Das russische Verteidigungsministerium hat Aufnahmen von Angriffen auf ukrainische Truppen bei einem Offensivversuch in Richtung Nikolajew-Kriwoi Rog [veröffentlicht](#). Russische Soldaten haben Infanterie und gepanzerte Fahrzeuge der ukrainischen Streitkräfte aufgespürt und zerstört.

dan-news.info: **Der kürzliche Ausfall ukrainischer Kämpfer im Dorf Iljitschewka (ukrainische Bezeichnung Osjornoje) im Norden der DVR war nicht mehr als eine PR-Aktion des Selenskij-Regimes.**

Am 4. September hatten ukrainische Medien die Einnahme von Osernoje durch die BFU verkündet. Als Bestätigung wurde ein in den sozialen Netzwerken veröffentlichtes Bild mit einer ukrainischen Flagge auf dem Hintergrund privater Häuser angeführt. Wie heute von der Leitung der Volksmiliz erläutert wurde, haben tatsächlich einige Kämpfer den Sewerskij Donez überquert und eine Flagge am Rand des Dorfes gehisst. Als sie versuchten, zurückzugelangen, wurden sie beschossen und der Gegner erlitt Verluste. Die ukrainische Flagge wurde zurückgelassen und zurzeit gibt es in der Ortschaft keine Kräfte des Feindes. „Viele sorgten sich, dass die BFU Iljitschewka (das sie in Osjornoje umbenannt hatten) eingenommen und dort ihre Flagge gehisst hatten. Nicht für lange. Und für manche war dieser Ausfall der letzte im Leben. Selenskij ist bereit für PR jeden Preis zu zahlen“, schrieb das Oberhaupt der DVR in seinem Telegram-Kanal.

15:31 de.rt.com: **Russland fordert Skript von Borrells Rede über "faschistisches Regime"**

Der russische Außenminister Sergei Lawrow teilte am Dienstag auf einer Pressekonferenz mit, dass er das Skript von Josep Borrells Rede in spanischer Sprache angefordert habe, nachdem der Hohe Vertreter der Europäischen Union für Außen- und Sicherheitspolitik laut einer englischen Übersetzung gesagt hatte, dass es bisher "keinen konkreten Plan gibt, wie man das faschistische Russland und sein faschistisches Regime zerschlagen kann". Bis jetzt widerlegt Borrells Büro diese Informationen und rechtfertigt sie mit einer ungenauen Übersetzung aus dem Spanischen ins Englische. Allerdings schickt das Büro auch kein Skript von Borrells Rede auf Spanisch an das russische Außenministerium. Sergei Lawrow sagte dazu:

"Wir werden uns um volle Klarheit bemühen, und wenn wir dieses Skript auf Spanisch heute

nicht erhalten, werden wir die entsprechenden Schlussfolgerungen ziehen."
Moskau wolle auch wissen, welchen Kurs der neue EU-Vertreter in Russland vor dem Hintergrund dieser Aussage verfolgen werde.

15:35 de.rt.com: **Bezahlt mit deutschem Steuergeld: "Das ukrainische Volk" erhält Potsdamer Medienpreis**

Während praktisch die gesamte oppositionelle Presse in der Ukraine verboten ist und die meisten Oppositionsparteien in die Illegalität verbannt wurden, soll nun wenigstens das "ukrainische Volk" einen auch durch die Bundesregierung geförderten "Medienpreis für Pressefreiheit" erhalten.

Der Medienpreis M100 geht in diesem Jahr an "das ukrainische Volk". Der Beirat des Preises [begründete](#) die Entscheidung damit, dass kein Volk der Welt in den vergangenen Monaten "so leidenschaftlich den Wert der Freiheit demonstriert" hätte. Die Ukraine kämpfe "einen historischen Kampf für seine Werte". Wörtlich heißt es in der in pathetischem Ton gehaltenen Mitteilung:

"Mit heldenhaftem Mut und unbeugsamem Willen verteidigt sich das ukrainische Volk seit Monaten gegen die brutale Invasion Russlands. Kein Volk der Welt hat in den letzten Monaten so leidenschaftlich den Wert der Freiheit und ihre zerbrechliche Verwundbarkeit demonstriert wie die Ukraine. Das Land kämpft einen heroischen Kampf für seine Werte: Unabhängigkeit und Freiheit. Und verteidigt sie Tag für Tag, Stunde für Stunde unter mörderischem Beschuss. Was für uns selbstverständlich ist, versuchen Ukrainerinnen und Ukrainer unter Einsatz ihres Lebens seit Monaten für sich zu erhalten. Ein Volk, das in seinen dunkelsten Stunden zu einer Nation geworden ist und in seinen schwersten Zeiten nach Demokratie strebt. Ihr Leid ist nicht diskutabel. Es ist ein Krieg gegen Demokratie, Freiheit und unser Wertesystem. Die Menschen in der Ukraine verdienen unseren tiefsten Respekt, unsere Hochachtung, unsere Unterstützung und unsere Solidarität. Sie kämpfen auch für uns."

Stellvertretend für "alle Ukrainer" soll der ukrainische Unternehmer und frühere Boxer Wladimir Klitschko den Preis am 15. September im Orangerieschloss in Potsdam entgegennehmen. Die Laudatio sollen die Botschafterin der USA in der Ukraine Amy Gutmann sowie der frühere EU-Ratspräsident Donald Tusk aus Polen halten. Der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz ist für die politische Laudatio bei der Preisverleihung eingeplant. Der "M100 Media Award" wird seit dem Jahr 2005 an Personen verliehen, die sich aus Sicht des Beirates für europaweite Verständigung sowie die Meinungs- und Pressefreiheit einsetzen. Im letzten Jahr hatte der umstrittene russische Aktivist Alexej Nawalny den Preis empfangen. Das Medientreffen stellt eine Initiative der Potsdamer Stadtregierung sowie des Vereins "Potsdam Media International" dar.

In früherer Vergangenheit wurden mit diesem Preis bereits auch der dänische Karikaturist Kurt Westergaard (2010), der frühere EZB-Chef Mario Draghi (2012), der ukrainische Politiker Witali Klitschko (2014) und der deutsch-türkische Journalist Deniz Yücel (2018) ausgezeichnet.

Zu den Partnern des M100 Sanssouci Colloquium zählen u. a. das Auswärtige Amt, die Friedrich-Naumann-Stiftung, Reporter ohne Grenzen und die US-Organisation National Endowment for Democracy (NED).



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63172a61b480cc0b0c6c8f12.jpeg>

16:26 de.rt.com: **Medienberichte: H&M-Filialen in Russland werden am 30. November endgültig schließen**

Der Termin für die endgültige Schließung der schwedischen Bekleidungs-, Schuh-, Accessoires- und Haushaltswarenmarke H&M in Russland wurde festgelegt. Entsprechende Informationen hat die Nachrichtenagentur Mash in ihrem Telegram-Kanal veröffentlicht. Es wurde mitgeteilt, dass die Mitarbeiter ein Schreiben der Geschäftsleitung erhielten, in dem es heißt, dass die Filialen nach vorläufigen Informationen die Kunden am 30. November 2022 nicht mehr bedienen werden. Anschließend werden die restlichen Produkte und Geräte innerhalb von zwei Wochen aus den gemieteten Räumlichkeiten entfernt. Außerdem werde den Arbeitnehmern am 15. Dezember eine Entschädigung gezahlt. Gleichzeitig wurde bekannt gegeben, dass regionale Einzelhandelsgeschäfte vor diesem Datum geschlossen werden können.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63174d9ab480cc5c6e2325a6.jpg>

16:54 de.rt.com: **EU setzt Visa-Abkommen mit Russland ab 12. September vollständig aus**

Die Europäische Kommission setzt ein mit Russland geschlossenes Abkommen zur Erleichterung der Visa-Vergabe für Reisende am 12. September vollständig aus, berichtete die russische Nachrichtenagentur [RIA Nowosti](#). Dies bedeutet, dass die Visumgebühr von 35 auf 80 Euro steigen wird und die Ausstellung des Visums bis zu sechs Monate dauern kann. Bei der Ausstellung von Schengen-Visa an Russen sollen humanitäre und nicht touristische Gründe Priorität haben. Außerdem wird den Botschaften der EU-Staaten empfohlen, die Antragsteller für Einreisevisa zu prüfen, ob sie die Sicherheit der EU und die internationalen Beziehungen gefährden. Unter anderem erklärte die Europäische Kommission, dass einzelne Länder der EU die Entscheidungen über bereits ausgestellte Visa abändern können. Der

russische Präsident sagte dazu:

"Auf Gegenseitigkeit würde ich in diesem Fall nicht setzen. Ich weiß, dass das Grundprinzip des Außenministeriums das Prinzip der Gegenseitigkeit ist, aber hier, wenn es um unsere Interessen geht, sollen wir alle diese Prinzipien einsetzen, wenn sie nutzbringend sind."

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 6. September 2022**

Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs durch.

In Mariupol und Malinowka wurden Kommunikationsobjekte zur Inbetriebnahme vorbereitet. An Einrichtungen des Gesundheitswesens wandten sich mehr als 3700 Menschen.

In Mariupol fanden Reparatur- und Wiederaufbauarbeiten an Stromnetzen und Umspannwerken statt.

Der Anschluss von Verbrauchern in Showtnewoje, Iljtitschewskoje, Ordshonikidsewskoje und dem Primorskij-Bezirk von Mariupol an die Gasversorgung geht weiter.

Zivilschutzkräfte haben mehr als 21 Hektar Territorium untersucht und 287 explosive Objekte entschärft.

Wir erinnern daran, dass einige Ortschaften der Donezker Volksrepublik mit explosiven Objekten übersät sind.

So haben die bewaffneten Formationen der Ukraine Antipersonenminen „Lepestok“ auf dem Gebiet von Donezk und anderer Städte der DVR abgeworfen. Zur Zeit ergreifen Spezialdienste der DVR alle notwendigen Maßnahmen zur Minenräumung.

Seien Sie aufmerksam und vorsichtig! Bei der Entdeckung von explosiven Objekten rufen sie das Zivilschutzministerium an.

Das Innenministerium und die Militärkommandantur der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.

Bei Informationen über verdächtige Personen oder mögliche rechtswidrige Aktivitäten bitten wir, sich unverzüglich an die Telefonnummern des Staatssicherheitsministerium der DVR zu wenden.

17:20 de.rt.com: **Europäische Staaten vergeben Milliarden, um Sanktionsschäden zu begrenzen**

Täglich beschließen weitere europäische Staaten Zuschüsse, um bedrohte Energieunternehmen zu retten oder die Belastung der Bürger zumindest etwas zu lindern. Nachdem gerade erst die Bundesregierung ein Entlastungspaket über 65 Milliarden Euro beschlossen hat, ziehen jetzt Großbritannien, Schweden und Finnland nach.

In Großbritannien [sollen](#) die Energiekosten auf dem gegenwärtigen Stand eingefroren werden, auf Grundlage von Ausgleichszahlungen der Regierung an die Versorger. Die Kosten dafür könnten 100-130 Milliarden Pfund Sterling betragen.

Die Energieversorger müssen Sicherheiten besitzen, um Schwankungen bei den Energiepreisen auszugleichen. Der finnische Energieversorger Fortum wurde zu diesem Zweck von der Regierung mit 2,35 Milliarden bezuschusst. Selbst die Regierung der Schweiz hat dafür zehn Milliarden Franken eingeplant.

Auch die schwedische Premierministerin Magdalena Andersson hat hunderte Milliarden schwedischer Kronen [geboten](#), um Stromerzeuger zu stützen.

Nichtsdestotrotz löst das nicht das Problem, das durch den wahrscheinlichen Ausfall von Produktion entsteht. Bereits vor Monaten hatten die Volkswirte der Schweizer Bank Credit Suisse berechnet, dass in Deutschland russisches Gas zum Preis von 20 Milliarden Grundlage für die Entstehung von Werten in Höhe von zwei Billionen ist. Das heißt, ein Ausfall dieser Produktion würde einen Schaden anrichten, der das Hundertfache des Gaspreises beträgt.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63175c9cb480cc6ffb51789f.jpg>

17:50 de.rt.com: **Westen hat Bindungen zwischen Russland und China unterschätzt**

In einem Bericht, der nach [Angaben](#) von TASS dem Waldai-Forum vorgelegt wurde, das augenblicklich in Wladiwostok tagt, stellten Experten fest, dass der Westen die Beziehungen zwischen Russland und China deutlich unterschätzt hat, als er den Ukraine-Konflikt begann. "Als sie in einen direkten Zusammenstoß mit Russland um die Ukraine eintraten, haben die westlichen Länder das Ausmaß und die Tiefe der strategischen chinesisch-russischen Partnerschaft in der neuen Ära unterschätzt. Die Ereignisse der letzten Monate haben die Vorhersagen über die 'Zerbrechlichkeit' der Beziehungen zwischen Moskau und Peking Lügen gestraft und eine gemeinsame strategische Vision der beiden Parteien und ihren Willen, einander beim Umgang mit komplexen außenpolitischen Problemen beizustehen, bewiesen." Mitte März habe Washington erkannt, dass die Strategie, China von Russland zu entfernen, gescheitert sei, und habe daraufhin die Provokationen um Taiwan begonnen. Die Sanktionen hätten zwar die Wirtschaftsbeziehungen belastet, aber der bilaterale Handel nehme zu. Nicht einmal der Sanktionsdruck aus Washington, der zum Rückzug einiger chinesischer Firmen aus dem russischen Markt geführt hat, habe dauerhafte Wirkung. Wenn der Westen nun auch China sanktionieren wird, werde sich dieses Problem ohnehin erledigen. "Bis dahin wird Russland stärker mit Chinas Unternehmen der 'zweiten Reihe' kooperieren, die bisher vorwiegend auf dem heimischen chinesischen Markt tätig waren und daher durch Sanktionen weniger verwundbar sind."

abends:

18:20 de.rt.com: **IAEA veröffentlicht Bericht zur Situation am AKW Saporoschje**

Die IAEA hat einen [Bericht](#) über die Untersuchung im AKW Saporoschje veröffentlicht, meldete die russische [Nachrichtenagentur RBK](#). Unter anderem hieß es dort, dass der Beschluss des Atomkraftwerkes und seiner Umgebung gestoppt werden müsse, um die Integrität des AKW zu wahren. Außerdem fordere die IAEA in ihrem Bericht die sofortige Einrichtung einer "Sicherheitszone" um den Meiler. Nach Angaben der Agentur sollen solche Maßnahme einen "nuklearen Vorfall" verhindern, den die Feindseligkeiten in der Ukraine bewirken könnten.

Die Mission vermeldete eine Reihe von Vorfällen in der Anlage. So habe die IAEA-Mission einen Beschluss während ihres Besuchs im Kernkraftwerk erlebt und sei gezwungen worden, in Deckung zu gehen.

Dabei listete die IAEA die Schäden auf, die während des Besuchs im AKW festgestellt

worden seien. Unter anderem gebe es Schäden am Lager für radioaktive Abfälle, den Dächern der Gebäude, dem Schmiersystem für eine der Turbinen und dem Gebäude mit dem Alarmsystem.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/63176917b480cc5c6e2325cd.jpg>

Rafael Grossi beim Besuch des AKW Saporoschje

Telegram-Kanal der Volksmiliz der DVR: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:30 Uhr am 06.09.22**

Am heutigen Tag hat der Gegner nach Informationen des GZKK-Vertreters der DVR **127 Geschosse** mit Rohrartillerie des Kalibers 155, 152 und 122mm sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.

Die Gebiete von **6 Ortschaften** der Republik wurden beschossen. Infolge des Beschusses wurde **ein Zivilist verletzt**. 7 Gebäude und 2 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt. Zusätzliche Informationen über verletzte Zivilisten und Schäden an Infrastruktur werden noch ermittelt.

Zurzeit gehen die Arbeiten zur Minenräumung von Antipersonenminen PFM-1 „Lepestok“ (PFM-1S) weiter. Wir bitten eindringlich, bei der Bewegung vorsichtig zu sein und auch die Kontrolle über Kinder zu verstärken.

Mit Trauer teilen wir mit, dass bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht im Kampf für die Unabhängigkeit **6 Verteidiger der Donezker Volksrepublik starben und 9 verletzt** wurden.

Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.

18:45 de.rt.com: **Schweizer Regierung droht "Heiz-Sündern" mit Knast**

Laut einem Bericht der Schweizer Tageszeitung "Blick" drohen in der Schweiz bei Verstößen gegen die Gasverordnung bis zu drei Jahre Haft oder auch Geldstrafen. Gegen die sogenannten "Heiz-Sünder" soll es in den einzelnen Kantonen auch punktuelle Kontrollen geben.

Laut einem Bericht der Schweizer Zeitung Blick will die Schweizer Regierung im Winter hart durchgreifen, wenn sich Bürger nicht an die Gasverordnung halten. Laut dieser dürfen in mit Gas beheizten Gebäuden die Innenräume höchstens auf 19 Grad gebracht werden.

Warmwasser darf nur noch auf 60 Grad erwärmt werden. Heizstrahler oder Warmluftzelte sind verboten. Saunas und Schwimmbekken müssten kalt bleiben.

Wer gegen die Vorgaben verstößt, dem droht eine Freiheits- oder Geldstrafe. Bei vorsätzlichem Handeln ist eine Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren oder Geldstrafe möglich. Selbst bei fahrlässigen Verstößen gegen die Maßnahmen ist eine Geldstrafe von bis zu 180

Tagessätzen denkbar. Das sieht das Bundesgesetz über die wirtschaftliche Landesversorgung vor, auf das das Wirtschaftsdepartement (WBF) in einem amtlichen Dokument explizit verweist. WBF-Sprecher Markus Spörndli erklärte dem Blick:

"Verstöße gegen das Landesversorgungsgesetz sind stets Vergehen oder punktuell sogar Verbrechen und sind von Amtes wegen durch die Kantone zu verfolgen."

Weiter führte Spörndli gegenüber der Zeitung aus, dass Geldstrafen aber nicht zwingend höher sein müssten als Bußen. Doch die Geldstrafen könnten per Strafbefehl von der Staatsanwaltschaft behandelt werden. So liegt der Tagessatz bei Geldstrafen in der Regel bei mindestens 30 Franken und maximal 3.000 Franken. "Die Anzahl Tagessätze bestimmt sich nach dem Verschulden", so Spörndli weiter zum Blick. Die Höhe des Tagessatzes werde nach den persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen der Täterschaft bestimmt.

Auch Unternehmen könnten bestraft werden, wenn diese ihr Gaskontingent absichtlich überziehen. Denn auch die Kontingentierungsverordnung unterliegt den Strafbestimmungen. Weiter berichtet der Blick, dass es punktuelle Kontrolle geben soll. Allerdings bewege sich die Regierung in einem "Graubereich", denn schon allein die Frage, ob am richtigen Ort gemessen wird – an einer Außenwand ist es tendenziell kühler als an einer Innenwand –, könne die Gerichte beschäftigen.

Zudem komme nun auf die einzelnen Kantone eine große Herausforderung zu. Der oberste Polizeidirektor der Schweiz, Fredy Fässler (63), hatte schon im Vorfeld an die Bundesregierung appelliert, "nur Maßnahmen anzuordnen, die umsetzbar und vor allem auch kontrollierbar sind". Fässler erklärte, er wolle nicht, dass die Energiepolizei von Tür zu Tür schreitet. Man müsse die Vorgaben mit Augenmaß umsetzen.

Er verwies dabei auf die Erfahrungen aus der Corona-Krise, als es ein gewisses "Denunziantentum" gegeben habe. Aber auch jetzt gelte:

"Wenn eine entsprechende Anzeige eingeht, dann muss die Polizei handeln."

Aufgrund der jetzigen Strafbestimmungen müssten auch die Staatsanwaltschaft oder gar Gerichte eingeschaltet werden. Es stelle sich die Frage, ob anstelle aufwendiger Strafverfahren nicht wie in der Corona-Krise auch einfache Ordnungsbußen das richtige Mittel seien, so Fässler weiter. Das müsse man sicher noch diskutieren. Die Schweizer Kantone haben noch bis zum 22. September Zeit, ihre Bedenken und Vorschläge einzubringen.



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/6317342cb480cc0c250fda24.jpg>

18:50 de.rt.com: **Unterstützung für den Militäreinsatz in Russland nach wie vor hoch**

Im August wurden abermals die russischen Bürger befragt, wie sie zum russischen Militäreinsatz in der Ukraine ständen.

70 Prozent der Befragten sagten, dass sie die Entscheidung für diesen Einsatz eher unterstützten; 18 Prozent sagten, eher nicht, und 12 Prozent waren zu dem Thema unentschieden.

39 Prozent der Befragten sahen das Ziel des Einsatzes darin, Russland zu schützen, die

Ukraine zu entwaffnen und die Einrichtung von NATO-Stützpunkten im Nachbarland zu verhindern. 20 Prozent sahen den Schutz der Bevölkerung des Donbass als Ziel. 17 Prozent gingen davon aus, der politische Kurs der Ukraine solle geändert und entnazifiziert werden. Nur 7 Prozent meinten, das Ziel sei eine Besetzung der Ukraine und ihre Angliederung an Russland.

Während im Februar noch jeder Fünfte Massenproteste für möglich hielt, ist dieser Anteil inzwischen auf 12 Prozent geschrumpft, und nur 11 Prozent würden selbst an Protesten teilnehmen. Im Februar waren dies noch 18 Prozent.

Die Umfrage wurde vom staatlichen russischen Markt- und Meinungsforschungsunternehmen WZIOM durchgeführt und beruhte auf einer russlandweiten Zufallsauswahl von Mobiltelefonnummern. Insgesamt wurden 1.600 Personen befragt. Die Daten wurden soziodemografisch gewichtet.

19:21 de.rt.com: **Kretschmer: "Russland wird auch in 100 Jahren noch da sein" – Warnung vor Energie-Tsunami**

Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer fordert ein Ende der "Materialschlacht" in der Ukraine und damit auch ein Ende der Sanktionsspirale, die Deutschland wesentlicher härter als Russland selbst trifft. Er warnt vor sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen. Im Interview mit der [Neuen Zürcher Zeitung](#) (NZZ) gibt der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer bedenkenswerte Ansichten zum Krieg in der Ukraine und der Energieversorgung zum Besten. Gleich zu Beginn stellt er – auch gegen den Unwillen vieler CDU-Parteikollegen – klar:

"Der Krieg in der Ukraine muss gestoppt werden. Die Waffen müssen schweigen, das Sterben muss aufhören, sonst stürzt die ganze Welt ins Chaos. Wir brauchen jetzt eine schnelle und beherrzte Diplomatie. Man wird diesen Krieg nicht auf dem Schlachtfeld entscheiden. Und lassen Sie mich das noch sagen: Natürlich ist Putins Angriffskrieg Unrecht. Die Territorien, um die es geht, sind ukrainisches Gebiet. Als Reaktion auf den Krieg wollen manche alle Verbindungen mit Russland abbrechen – Verbindungen der Wissenschaft, Kultur, Wirtschaft und die Städtepartnerschaften. Aber Russland ist eine Realität, und es wird auch in 100 Jahren noch da sein."

Auf die Frage, ob die westlichen Sanktionen Deutschland mehr schaden als Russland, fordert Kretschmer eine Ende der Sanktionsspirale und konstatiert:

"Die Kostensteigerungen für Energie sind wie ein Tsunami, der immer größer wird. Wir müssen eingreifen und handeln. Und der erste Schritt muss das Ende dieses Krieges sein." Kretschmer hält nichts davon, "diese Materialschlacht" noch ewig weiterzuführen, und weiß um die Stärke des flächenmäßig größten Staates der Erde:

"Russland ist stark, und das Land hat viele Ressourcen. Wie lange wollen wir diese Materialschlacht und das Sterben aushalten: Wochen? Monate? Jahre? Was ist der Plan? Wir haben jetzt ein halbes Jahr hinter uns, und wir sehen die Folgen, auch für Deutschland und Europa. Wir haben keine Zeit mehr zu verlieren, keinen einzigen Tag. Jeder Kriegstag wird die ökonomischen und sozialen Verwerfungen auf diesem Kontinent um Wochen und Monate verlängern."

Gleichzeitig betont Kretschmer, dass sich kein Land so stark für die Ukraine eingesetzt hat wie Deutschland, auch wenn das Personen wie der ehemalige Botschafter der Ukraine in Berlin Andrei Melnyk, über den Kretschmer "nichts sagen" möchte, anders sehen. Mit Blick auf die enormen Energiekosten fordert Kretschmer, die verbliebenen drei Kernkraftwerke auch über 2022 hinaus am Netz zu lassen, und konstatiert: "Das Land braucht eine grundlastfähige Energieform, und es spricht sehr viel dafür, dass Atomkraft dabei eine Rolle spielt." Bezüglich der zunehmenden Proteste wegen der hohen Energiepreise meint der 47-Jährige:

"Unsere Aufgabe als Politiker ist es nicht zu warnen, sondern zu handeln. Viele Menschen

stehen vor massiven Erhöhungen der Nebenkosten und wissen nicht, wie sie die bezahlen sollen. Und aus meiner Sicht muss es auch nicht so kommen."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63174b8b48fbef6f50102717.jpg>
Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer (CDU, Mitte) spricht am 5. September 2022 mit Teilnehmern der Veranstaltung "Gastmahl für alle" unter dem Motto "Dresden is(s)t bunt"

19:33 de.rt.com: **Die Entkopplung der Währungszone schreitet voran**

Gleich mehrere Meldungen heute belegen, dass sich die ökonomische Abkehr Russlands vom Westen beschleunigt.

Gazprom hat heute [erklärt](#), einen langfristigen Liefervertrag mit der chinesischen CNPC mit Zahlungen in Rubel und Yuan abgeschlossen zu haben. Der Vorstandsvorsitzende von Gazprom, Alexej Miller, erklärte dazu:

"Ich glaube, das wird die Zahlungen vereinfachen, ein exzellentes Beispiel für andere Länder werden und unser beider Wirtschaften ankurbeln."

Gleich mit zwei Schritten bewegte sich die russische Sberbank in die gleiche Richtung. Sie [überlegt](#) noch dieses Jahr Anleihen in Yuan herauszugeben. Kredite können bereits in Yuan aufgenommen werden, und eine Erweiterung auf Rupien ist geplant.

Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bank, Alexander Wedjachin, [erklärte](#) auf dem Wirtschaftsforum in Wladiwostok:

"Wir haben bereits mit der Kreditvergabe in Yuan begonnen, und wir sehen eine große Nachfrage danach. Wir arbeiten aktiv an der indischen Rupie, auch wenn die Nachfrage nach solchen Krediten bisher nicht groß ist, aber wenn sie zunimmt, sind wir bereit, auch das anzubieten. Das sind bisher die beiden wichtigsten großen Währungen, auf die wir uns konzentrieren."



<https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/original/631779bb48fbef6f5010274a.jpg>

19:46 de.rt.com: **EU-Kommission: Zwei Modelle für den Gaspreisdeckel in der Diskussion**

Die EU-Kommission arbeitet laut einem internen Papier an der Deckelung des Gaspreises. Ziel ist, die Marktmacht Russlands zu brechen. Zwei Modelle sind in der Diskussion. Den Folgen eines Gasembargos seitens Russlands haben sie jedoch nichts entgegenzusetzen. Die EU-Kommission reagiert auf die gestiegenen Gaspreise. Dem Handelsblatt liegt ein internes Papier der Kommission vor, in dem zwei Vorschläge zur Deckelung des Gaspreises gemacht werden.

Ein Vorschlag umfasst die vollständige Deckelung des Gaspreises. Die Europäische Union würde den Preis diktieren, den sie für russisches Gas zahlt. Die Idee dahinter ist, dass Russland nicht in der Lage wäre, seine Infrastruktur kurzfristig umzubauen und andere Länder zu beliefern. Allerdings hätte Russland immer noch die Möglichkeit, die Gaszufuhr vollständig zu unterbrechen.

Der zweite Vorschlag zielt auf eine Unterscheidung in zwei Preiszonen innerhalb der EU ab. Die Deckelung entfiel dann nur auf jene Staaten, die jetzt schon besonders hohe Gaspreise zahlen müssen. Darunter auch Deutschland. Diese Länder würden verbieten, Gas zu einem höheren als einem festgesetzten Preis zu beziehen. Länder, die nicht in diese Preiszone fallen, weil sie bisher den Börsenpreis oder sogar darunter bezahlen, kämen dann weiter als Abnehmer für russisches Gas infrage. Allerdings würde sich der Preis dann an den bisher gezahlten Preisen orientieren und auf einem niedrigeren Niveau einpendeln.

Das zu niedrigeren Preisen bezogene Gas könnte dann in die Länder weitergeleitet werden, die Gas zu ungünstigeren Bedingungen bezogen haben. Ob sich dieser Plan umsetzen lässt, darüber sind sich die Autoren des Papiers selbst uneinig. Die Steuerungsmechanismen wären in jedem Fall komplex. Ob sich mit dem Vorschlag gewährleisten ließe, dass Gas tatsächlich dorthin gelangt, wo es benötigt wird, ist unsicher.

Ziel ist laut Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, die Marktmacht Russlands zu brechen. "Putin setzt Energie als Waffe ein, indem er das Angebot reduziert und unsere Energiemärkte manipuliert", schreibt sie auf Twitter. "Er wird scheitern. Europa wird sich durchsetzen."

Die generelle Frage jedoch ist, ob die EU wirklich über die erforderliche Marktmacht verfügt, um einen derart tiefen Eingriff in den Gasmarkt erfolgreich umzusetzen. Russland könnte in beiden Fällen mit einem vollständigen Gasembargo reagieren, was den Gaspreis in astronomische Höhen schrauben würde.

Es stellt sich zudem die Frage, warum die Kommission weiterhin auf die Preisbildung an Spotmärkten setzt und nicht wieder zu langfristigen Lieferverträgen zurückkehrt.



<https://cdn.russiatoday.com/deutsch/images/2022.09/article/63174f1548fbef6f50102722.jpg>